

LaG - Magazin

Erinnern und Gedenken an das
Ende des Zweiten Weltkriegs

7/2015

23. September 2015



Inhaltsverzeichnis

Zur Diskussion

Erinnerung in der postnationalsozialistischen Gesellschaft.....	5
NS-Vergangenheit und nationale Selbstvergewisserung.....	11
Erinnern und Gedenken 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs.....	14
NS-Gedenkstätten: verunsichernde oder stabilisierende Orte?.....	19
Der Triumph der These von der deutschen Kollektivunschuld – Die Deutschen zwischen Selbsttäuschung und Selbstentlastung am Ende des Zweiten Weltkrieges.....	22
Eine notwendige Kritik der Ausstellung am Waldfriedhof Halbe.....	25
Die Kameradschaftshilfe ehemaliger Internierter und der Entnazifizierungsgeschädigten Landesverband Hessen e.V.	28
Zeitzeugeninterview mit Dorothy B. - Überlebende aus Bergen-Belsen.....	31

Empfehlung Fachbuch

Nach dem Untergang – Die ersten Zeugnisse der Shoah in Polen 1944-1947.....	36
Gedenkstätten Pädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen.....	40

Empfehlung Web

Ende/Anfang – Perspektiven auf 1945.....	43
--	----

Empfehlung Film

Night will fall – Ein Lehrfilm für die Deutschen.....	45
---	----

Empfehlung Lernorte

1945. Niederlage. Befreiung. Neuanfang. Zwölf Länder Europas nach dem Zweiten Weltkrieg.....	48
---	----

Liebe Leserinnen und Leser,

in diesem Jahr jährte sich sowohl das Ende des Zweiten Weltkrieges zum 70. Mal, als auch die Befreiung des Vernichtungs- und Konzentrationslagers Auschwitz. Beide Daten sind uns Anlass genug, einen – durchaus ausgesprochen kritischen Blick – auf den Umgang mit diesen Jahrestagen im Besonderen und auf die bundesdeutschen Erinnerungskulturen im Allgemeinen zu werfen. Vieles, was langjährig ertrotzt werden musste, oft genug gegen den Willen der gesellschaftlichen Mehrheit und weiten Teilen ihrer parlamentarischen Vertretung, scheint heute selbstverständlich und common sense, ja ist Teil eines neuen nationalen Selbstverständnisses geworden.

Sicherlich, die Gedenkstättenpädagogik und die historisch-politische Bildung über die Vernichtung der europäischen Juden und zu anderen nationalsozialistischen Massenverbrechen hat sich deutlich ausdifferenziert und professionalisiert. Doch inwieweit wirkt diese Bildung heute selber ausgrenzend gegenüber Zugewanderten? Ist es legitim aus dem deutschen Menschheitsverbrechen bzw. aus dem Gedenken daran heute eine nationale Identität zu konstruieren? Oder wird hierüber nicht allzu viel erneut verdrängt? Wie steht es um die Frage der ausstehenden Reparationen gegenüber Griechenland oder für die Italienischen Militärinternierten?

Die Beiträge in dieser Ausgabe werden manche dieser Fragen andiskutieren, eindeutige Antworten lassen sich nur selten fin-

den. Dennoch kann die Mehrzahl der Texte als Plädoyer für ein Eingedenken im Sinne Walter Benjamins gelesen werden, welches unter der Prämisse steht, sich nicht mit der Vergangenheit zu versöhnen, sondern im Blick zu behalten, wo sie bis heute weiterwirkt. Die europäische Politik gegenüber Geflüchteten, die tagtäglichen Angriffe auf Asylbewerberunterkünfte, anhaltender Rassismus und Antisemitismus und, nicht zuletzt, die pogromartigen Übergriffe in Heidenau zeigen diese Notwendigkeit aus unserer Perspektive nur allzu deutlich auf.

Ingolf Seidel gibt in seinem Beitrag einen Einblick in einige Diskussionen, die während der Tagung #erinnern_kontrovers des Vereins Agentur für Bildung – Geschichte, Politik und Medien im Juli dieses Jahres eine Rolle spielten. Darüber hinaus thematisiert er Untiefen der Erinnerungs- und Gedenkkulturen und die Problematik der Renaissance der Totalitarismuskonzeption.

Der Aufsatz von *Cornelia Siebeck* fragt nach dem Zusammenhang des Umgangs mit der NS-Vergangenheit in Deutschland und der nationalen Selbstvergewisserung anhand der Ausstellung „Zeitreise 1914-2014“ und der Reden des Bundespräsidenten Joachim Gauck.

Mittels der Begriffe Erinnern und Gedenken befasst sich *Thomas Lutz* in einer kritischen Perspektive mit der Entwicklung der Erinnerungskulturen hin zu ihrem heutigen Bestand.

Eine österreichische Perspektive auf die Funktion von KZ-Gedenkstätten bringt

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Einleitung

Werner Dreier ein. Sein Thema ist das Verhältnis von Gedenkstätten und Geschichtspolitik im Spannungsfeld von gesellschaftlich stabilisierenden sowie die Gesellschaft herausfordernden Perspektiven.

Etienne Schinkel geht davon aus, es habe im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg ein Beharren auf der These einer deutschen Kollektivunschuld triumphiert, mit der die Deutschen sich wechselweise als Opfer Hitlers, ihres vermeintlichen Unwissens über den Holocaust und später als Opfer der Alliierten stilisiert hätten.

Ralf Dietrich hinterfragt die, aus seiner Sicht zensierende, Intervention der Gemeindevertretung des brandenburgischen Ortes Halbe in einer wissenschaftlichen Ausstellung über die dortige Kriegsgräberstätte.

Einen organisierten Versuch der Umdeutung der NS-Vergangenheit in den 1950er- und 1960er-Jahren durch die „Kameradschaftshilfe ehemaliger Internierter und der Entnazifizierungsgeschädigten Landesverband Hessen e.V.“ greift *Arne Jost* auf.

Einen ganz besonderen Beitrag hat *Helmut Krohne* für diese Ausgabe beigesteuert. Er hat ein Zeitzeuginnengespräch mit *Dorothy Bergmann*, einer jüdischen Überlebenden eines Todesmarsches und des Konzentrationslagers Bergen-Belsen, geführt.

Wir danken allen Autorinnen und Autoren herzlich für Ihre Beiträge.

Das nächste LaG-Magazin erscheint am 28. Oktober. Es thematisiert Eugenik und „Euthanasie“ im historischen Kontext.

Wir wünschen Ihnen eine gute und anregende Lektüre.

Ihre LaG-Redaktion

Erinnerung in der postnationalsozialistischen Gesellschaft

Von Ingolf Seidel

70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gilt es nachzuvor, die Erinnerung und das Gedenken an die Shoah, den Porajmos, also den Genozid an Sinti und Roma, wie auch an die Opfer anderer nationalsozialistischer Massenverbrechen wach zu halten. Zugleich sind erstarrte Gedenkformen zu reflektieren und der (staats-) offiziellen Erinnerungsdiskurs zu hinterfragen. Dabei lassen sich verschiedene große Herausforderungen ausmachen. Diese berühren auch den Bereich der historischen Bildung, gleichermaßen im formalen wie non-formalen Sektor. Um sich einigen dieser Herausforderungen anzunähern, hat unser Trägerverein, die Agentur für Bildung – Geschichte, Politik und Medien am 9. und 10. Juli diesen Jahres die Tagung #erinnern kontrovers. Aufbrüche in den Erzählungen zu Holocaust, Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg durchgeführt. Im Folgenden werden die Herausforderungen in Bezug auf Postaugenzeugenschaft, auf Bildung in einer Migrationsgesellschaft und auf die Totalitarismuskonzepte beschrieben.

Im Hintergrund stand und steht die Überlegung, dass es wichtig ist die derzeitigen Erinnerungskulturen gleichsam „from the bottom up“ zu renovieren. Weder die Tagung, noch dieser Aufsatz erheben dabei den Anspruch auf eine vollständige

Auflistung und Analyse der breiten Problempalette.

Postaugenzeugenschaft und digitale Medien

Das nahe Ende der Ära der Zeitzeugenschaft gehört zu den naheliegenden und von vielen seit langem wahrgenommenen Aspekten des Wandels in der Erinnerungskultur. Das unmittelbare Erzählen, was Überlebende erlitten haben, wie sie ihre Familien oder Nachbarn verloren haben, ihre Ermordung mit ansehen mussten, all dies wird in naher Zukunft bereits Geschichte sein. Für viele Jugendliche, auch für solche, die der Ereignisgeschichte scheinbar mit Distanz gegenüberstehen, sind diese Begegnungen ein emotionales Erlebnis, das ihre Empathie und Gefühle wecken kann. Unter dem emotionalen Aspekt wird hier eine nicht zu schließende Lücke entstehen.

Für das Lernen über die Ereignisgeschichte wiegt dieser Verlust weitaus geringer, zumindest auf der kognitiven Ebene. Wichtige Einsichten hierzu bietet die Mikrostudie von Katharina Obens und Christian Geissler: „Unseres Erachtens gilt es, die Selbstbeschreibung der Jugendlichen - »Die Begegnung war für uns etwas Wichtiges und Besonderes« - ernst zu nehmen. Auch weil mit einer von allen Seiten als glücklich wahrgenommenen Begegnung über einander Trennendes wie Alter, Herkunft, Lebensmittelpunkt, Sprache usw. schon viel erreicht ist. Historisches Lernen erscheint uns demgegenüber zweitrangig – auch, weil es an anderen Orten und in anderen

Konstellationen stattfinden kann und muss.“

Die Einbettung der persönlichen Erlebnisse in die Gesamtgeschichte von Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg kommen im Zeitzeugengespräch häufig zu kurz. Den digitalen Medien - Webseiten, Apps, sozialen Medien wie Facebook, YouTube, Instagram oder twitter, aber auch Computerspielen etc. - wird hier eine zunehmend wichtige Rolle zukommen. So können digitalisierte Zeitzeugengespräche, sofern sie entsprechend methodisch-didaktisch aufbereitet werden, einen gewissen Ersatz schaffen. Sie bieten zudem direktere Möglichkeiten des quellenkritischen Umgangs mit der Aufzeichnung; etwas, das sich im direkten Gespräch nahezu verbietet. Zudem erweitern sich mit digitalen Medien die denkbaren Lernsettings. Ob jedoch Hologramme, wie sie derzeit in einem Projekt USC Shoah Foundation, The Institute for Visual History and Education und dem Institute for Creative Technologies erprobt werden, ein sinnvoller Weg für eine reflektierte historische Bildung darstellen können, ist fraglich. Zumal eine wesentliche Funktion von Gesprächen mit Überlebenden deutscher Vernichtungspolitik während des Zweiten Weltkrieges darin liegt, dass diese ihre Erlebnisse einer anderen Generation schildern können. Es wird folglich eine Lücke in der Vermittlung bleiben, die auch eine menschliche ist und allein durch technischen Aufwand nicht zu schließen sein wird, da für das (historische) Lernen die emotionale und die kognitive Ebene relevant ist. Vor künstliche erzeugten Emotionalisierungen durch eine

Überwältigungspädagogik muss dennoch anhaltend gewarnt werden.

Hier ist denn auch zu hinterfragen, ob das Konzept der sogenannten Holocaust Education, so anerkannt es international ist, nicht hinterfragt werden muss, da es die komplexe Entwicklung, die zur Vernichtung der europäischen Juden geführt hat, häufig auf individuelle Schicksale reduziert. Auch wenn die Shoah ohne Frage der zentrale Verbrechenskomplex war und obwohl teilweise die Ermordung von Roma behandelt wird, trägt die weitgehende Ausblendung anderer Opfer- und Verfolgtengruppen zu conflicting memories, zu einer Konkurrenz von Opfergedächtnissen bei.

Es mag auf den ersten Blick absurd und zynisch klingen, doch liegen im Ende der Ära der Zeitzeugenschaft auch Chancen. Die deutschen Erinnerungskulturen zeichnen sich durch ein hohes Maß an Opferfixierung, ja vereinzelt durch Opferidentifikation aus. Dieses Phänomen lässt sich sowohl in ost- als auch in westdeutsch geprägter Erinnerungskultur noch immer beobachten. Die Motivation hinter der Opferzentrierung, die viel zu spät in den 1990er Jahren einsetzte, war wichtig: Indem man die individuellen Schicksale der Ermordeten erzählt und den Überlebenden zuhört, setzt man ihnen ein Andenken. Sie werden so jenem Vergessen entrissen, welches die Täter/innen intendiert hatten. Aus einer notwendigen Erinnerungskultur wurde jedoch eine Fixierung auf Opfergeschichten.

Das gilt nur bedingt für den Bereich der

Gedenkstätten. Diese bemühen sich ortsbezogen eine Gesamtgeschichte zu zeichnen. Sehr wohl betrifft dies aber die offizielle Gedenkkultur und auch weite Teile der historisch-politischen Bildung, die ohne Beispiele aus der Oral History kaum noch auszukommen scheint. Im Vergleich ist der Umfang der Thematisierung von Täterschaft, der Umgang mit Zuschauer/innen, Bystandern und Kollaborateur/innen bescheiden. Wichtige Ausnahmen davon sind die berufsgruppenspezifischen Seminare in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz und jährlich stattfindende Seminare in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, die unter anderem das Thema Täterschaft in der Familie aufgreifen. Auch einige Publikationen weichen von der Fixierung auf die Opferperspektive ab. So ein Materialordner der Bundeszentrale für politische Bildung mit dem Titel „Nicht durch formale Schranken gehemmt“ Die deutsche Polizei im Nationalsozialismus sowie einzelne Einheiten zum Themenbereich NS-Volksgemeinschaft, wie in den durch das Frankfurter Fritz Bauer Institut herausgegebenen Materialien „Konfrontationen. Bausteine für die pädagogische Annäherung an Geschichte und Wirkung des Holocaust“. In die Breite wirken diese Angebote kaum.

Dasselbe kann für die historische Forschung zu NS-Täterschaft gesagt werden. Trotz der heftig, allerdings strohfeuerartig geführten und nur beschränkt nachhaltig wirkenden Debatten um die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ ist die Auseinandersetzung mit NS-Täterschaft ein wissenschaftlicher

Spezialdiskurs geblieben. Die pädagogische Auseinandersetzung mit Täterschaft, Bystandern und Zuschauer/innen zu befördern wird eine anhaltende und wichtiger werdende Aufgabe des historischen Lernens wie auch der außerschulischen historisch-politischen Bildung in der nahen Zukunft sein.

Bildung in der Migrationsgesellschaft: Problemstellungen, die aus der „Mehrheit“ stammen

Ein weiterer Umstand, der das historische Lernen und die historisch-politische Bildung, ebenso wie die Erinnerung an die Folgen der nationalsozialistischen Verbrechen beeinflusst, ist der Umgang mit Migration und die mehrheitlich anhaltende Erwartung an Menschen aus Familien mit Migrationserfahrung, sich in Form und Inhalt an den bundesdeutschen Erinnerungsdiskurs anzupassen. Nicht selten verbindet sich eine solche Haltung mit willkürlichen und widersprüchlichen Annahmen, für die beispielhaft eine Äußerung des CSU-Politikers Klaus Steiner steht, der einen an sich bereits problematischen Antrag der „Freien Wähler“ im bayerischen Landtag, alle Schüler/innen sollten eine KZ-Gedenkstätte oder ein NS-Dokumentationszentrum besuchen, mit der Begründung ablehnte „Gerade an Mittelschulen haben wir Flüchtlingskinder und Kinder von Asylbewerbern. Darunter sind sehr viele Kinder aus muslimischen Familien, die keinen Zugang zu unserer Vergangenheit haben.“

Um nicht missverstanden zu werden: Die

Erinnerung und das Gedenken an die Vernichtung der europäischen Juden und an die Opfer anderer NS-Massenverbrechen wachzuhalten ist eine anhaltende und universale Menschheitsaufgabe. Nur wurde und wird Zugewanderten und ihren Nachkommen die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe in Deutschland in nahezu allen Bereichen bis in die Gegenwart hinein erschwert bis verhindert. Ein weiterhin grassierender Rassismus ist hier nicht als letzter Grund zu nennen.

Einige dramatische und weitreichende Beispiele hierzu: Seit 1986 existierte in der BRD ein dominanter Diskurs über sogenannte ‚Scheinasylanten‘, die das Asylrecht ausnutzen würden, wogegen nur eine Änderung des Grundgesetzes Abhilfe schaffen würde. Nach dem demokratischen Umbruch in der DDR und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten entwickelte sich eine maßgeblich von der CDU und weiten Teilen der Boulevardpresse vorangetriebene Anti-Asylkampagne, die Neo-Nazis und extremen Rechten den ideologischen Hintergrund für Pogrome wie in Rostock-Lichtenhagen und mörderische Brandanschläge wie in Mölln und Solingen lieferte. Am Ende stand die Änderung des Grundrechts auf Asyl durch eine Zweidrittel-Mehrheit des Bundestages, die dieses Recht derart beschränkte, dass es nahezu abgeschafft wurde.

Dazu kam eine anhaltende strukturelle Ungleichbehandlung von Arbeitsmigrant/innen und ihren Nachfahren. So hat die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2000 sich erst spät und nur unzulänglich von ei-

nem Staatsbürgerschaftsrecht nach dem *ius sanguinis*, dem sich auf Abstammung gründenden Recht, verabschiedet. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich bereits viele, vor allem türkischstämmige Menschen in Deutschland in ihre Communities zurückgezogen, und dazu gehört auch ein Rückzug auf das Feld des Religiösen, da sie sich von der Mehrheitsgesellschaft alles andere als angenommen sahen.

Diese gesellschaftlichen Faktoren und vor allem die fehlende Anerkennung, die Jugendliche aus Familien mit Migrationserfahrung erfahren, beeinflussen auch das historische Lernen, wie Elke Gryglewski in ihrer Dissertation über „Zugänge arabisch-palästinensischer Berliner Jugendlicher zum Holocaust“, so der Untertitel, ausgeführt hat. Dass die NS-Zeit auch für Jugendliche mit Migrationshintergrund bedeutsam ist, hat sowohl Gryglewskis Arbeit als auch die Studie von Viola Georgi aus dem Jahr 2003 aufgezeigt. Vielen Jugendlichen ist es durchaus bewusst, dass die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Herrschaft und der Shoah eine Eintrittskarte in die deutsche Gesellschaft darstellt. Wenn sich Jugendliche hier verweigern, ist es kurzschlüssig auf Desinteresse an der Thematik oder gar Antisemitismus zu schließen. Denn das kann, muss aber nicht der Fall sein.

Vor diesem Hintergrund ist auch festzuhalten, dass es bisher keinen gesellschaftlichen Ort gibt, an dem die Geschichte(n) von Erwachsenen und Jugendlichen mit Migrationserfahrung eine Rolle spielen. Der Geschichtsunterricht mit seiner identitäts-

bildenden Funktion und die außerschulische historische-politische Bildung könnten und sollten solche Orte sein. Eine Voraussetzung dafür wäre in vielerlei Hinsicht eine Erweiterung der Schwerpunktsetzungen in geografischer Hinsicht, gerade auch betreffs der Geschichte des Zweiten Weltkriegs und der Shoah. Es wären aber auch die neueren Geschichten von Jugendlichen zu erzählen, deren Eltern oder Großeltern aus der Türkei, Kurdistan, arabischen oder mittel-, süd-, und osteuropäischen Ländern stammen. Auch die Thematisierung von Kolonialrassismus, seine Auswirkungen auf die Gegenwart und seine Bezüge zum Nationalsozialismus wären wichtige Brücken. Diese Defizite sind in erster Linie solche der Mehrheitsgesellschaft – nicht der Nachfahren der Zugewanderten.

Untiefen der Totalitarismuskonzeption

Als wesentlicher Bereich, der die europäischen Erinnerungskulturen nachhaltig beeinflusst, sind conflicting memories zu nennen, die sich im Bereich der Erinnerung an die Folgen des Nationalsozialismus und jenen des (post-)stalinistisch geprägten Staatssozialismus ergeben. Hier spielt eine gegenwärtige Renaissance der Totalitarismuskonzeption herein, welche ihren Höhepunkt im Kalten Krieg hatte. Diese Konzeption setzt Nationalsozialismus und Stalinismus samt ihrer Verbrechen als Auswirkungen von „totaler Herrschaft“ gleich. In extremen Varianten mündet die Totalitarismuskonzeption in eine Gleichsetzung der DDR mit dem NS-Staat, indem sie beispielsweise die sowjetischen Speziallager

mit nationalsozialistischen Konzentrationslagern gleichsetzt, um sie als Instrument der Durchsetzung sowjetischer Herrschaft zu charakterisieren. Prof. Dr. Günter Morsch, Leiter der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen stellt hier zu fest: „Der Anteil von Systemgegnern der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR war aber nur sehr gering“ unter den Speziallager-Häftlingen. Unabhängig von den konkreten Zuständen in den Speziallagern wird in dieser Debatte gerne unterschlagen, dass es derartige Internierungslager in allen Besatzungszonen gab. (vgl. Wippermann: 60).

Selbst Hannah Arendt, wohl die prominenteste Vertreterin des Totalitarismusansatzes, die zudem meist verkürzt rezipiert wird, spricht in ihrer Arbeit über „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ davon, dass „die Kriegsjahre in Russland die zeitweilige Aufhebung totaler Herrschaft mit sich“ (Arendt 1986: 475) brachten. Für die Zeit nach Stalins Tod konstatiert sie, dass die totale Herrschaft in der Sowjetunion ein Ende gefunden hätte (ebda.: 491). Die US-amerikanische Ethnologin Kristen Ghodsee sieht für die europäische Ebene die Problematik: „... the double genocide language produces a historical narrative wherein post-Soviet and postsocialist nations become martyrs – nation states sacrificed by the West on the red alert of Soviet imperialism. In countries such as Latvia where local populations and Nazi-allied governments participated in the systematic murder of domestic Jews, the double genocide narrative mitigates their culpability by questioning the uniqueness

of the Holocaust.“ Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Kollaboration steht in vielen Staaten Mittel- und Osteuropas aus. Wie sehr der Erinnerungsdiskurs für gegenwärtige politische Zwecke instrumentalisiert wird, zeigt das Beispiel der Ukraine, wo die Reetablierung einer an die Sowjetunion anknüpfenden heroisierenden Erinnerung auf die Verharmlosung der Kollaboration durch OUN/UPA und ihrer, teils antisemitischen, Massaker stößt. Das ungarische „Haus des Terrors“ zeigt den Holocaust als bloße Episode „zweier Diktaturen“, indem beispielsweise in der „Galerie der Täter“ Kommunisten und Pfeilkreuzler nebeneinander gestellt werden (vgl. Regina Fritz 2008: 137).

Wie diese kursorischen Anmerkungen zeigen, in denen wichtige Themen wie die noch ausstehenden Reparationszahlungen Deutschlands an Griechenland nicht einmal angerissen werden konnten, ist die Auseinandersetzung um die Erinnerung und das Gedenken auch 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs noch lange nicht abgeschlossen. Es gilt weiterhin die zahlreichen geschichtspolitische Vereinnahmungen zurückzuweisen. Ebenso wenig ist der schon 1945 gestellten Forderung nach einem Schlussstrich unter die Auseinandersetzung mit den deutschen Verbrechen nachzugeben. Auch für das historische Lernen und die historisch-politische Bildung gibt es anhaltend viele Bereiche aufzugreifen, neu zu diskutieren und zu thematisieren. Das ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe; gerade vor dem Hintergrund

der europäischen Abschottungspolitik und den anhaltenden rassistischen Angriffe auf Geflüchtete.

Literatur:

Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. München 1986.

Regina Fritz: Gespaltene Erinnerung. Museale Darstellung des Holocaust in Ungarn, in: Regina Fritz, Carola Säche, Edgar Wolfrum (Hg.) : Nationen und ihre Selbstbilder: postdiktatorische Gesellschaften in Europa. Göttingen 2008. [Online abrufbar](#) [21.08.2015].

Viola Georgi: Entlehene Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland. Hamburg 2003.

Kristen Ghodsee: Tale of „Two Totalitarisms“: The Crisis of Capitalism and the Historical Memory of Communism. 2014. [Online abrufbar](#) [21.08.2015].

Elke Gryglewski: Anerkennung und Erinnerung. Zugänge arabisch-palästinensischer und türkischer Berliner Jugendlicher zum Holocaust. 2013. Berlin.

Katharina Obens/Christian Geißler-Jagodzinski: Historisches Lernen im Zeitzeugengespräch, in *Gedenkstättenrundbrief* 151. Berlin. 2009. [Online abrufbar](#) [20.08.2015].

Thüringer Allgemeine: [Historiker kritisieren Umgang mit Speziallagern in Thüringen](#). 29.06.2015 [23.08.2015].

Migazin: [Muslime und Flüchtlingskinder sollen keine KZ-Gedenkstätte besuchen](#). [20.08.2015].

Wolfgang Wippermann: Dämonisierung durch Vergleich: DDR und Drittes Reich. Berlin 2009.

NS-Vergangenheit und nationale Selbstvergewisserung

Geschichtskulturelle Beobachtungen aus den Gedenkjahren 2014/15

Von Cornelia Siebeck

Fungierte das Gedächtnis an die NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik jahrzehntelang immer auch als Ausgangspunkt für breite gesellschaftliche Debatten zu allerart Gegenwarts- und Zukunftsfragen, so scheint ihm diese Widerborstigkeit zwischenzeitlich abhanden gekommen zu sein. In den Gedenkjahren 2014/15 war jedenfalls zu beobachten, dass die NS-Vergangenheit zunehmend zum Zwecke der Affirmation der Gegenwart herangezogen wird.

Mit der Bundesregierung auf ‚Zeitreise‘

„Die Geschichte Deutschlands in den vergangenen hundert Jahren ist von Höhen und Tiefen, von Katastrophen und Glücksmomenten geprägt“, heißt es im Einleitungstext zu einer Ausstellung mit dem Titel ‚Zeitreise 1914-2014‘, die derzeit auf Initiative der Bundesregierung durchs Land tourt: „Die Schlaglichter, die die Zeitreise bietet, zeigen: Es ist eine äußerst positive Entwicklung, dass die dunklen Kapitel inzwischen der Vergangenheit angehören und wir heute in einem freien Europa in Frieden mit unseren Nachbarn leben.“

Die regierungsamtliche ‚Zeitreise‘ wurde zum 25. Jahrestag der ‚Friedlichen Revolution‘ konzipiert. Seither steht der große graue Ausstellungscontainer zu allen mögli-

chen historischen Anlässen im Raum: Vom Leipziger Lichtfest über das Mauerfalljubiläum und den Jahrestag der Stasi-Besetzung in Berlin bis hin zum Tag des Grundgesetzes in Bonn.

Erster Weltkrieg, Weimarer Republik, Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg, Nachkriegszeit, Bundesrepublik Deutschland, Deutsche Demokratische Republik, Friedliche Revolution, Wiedervereinigtes Deutschland – das sind die einzelnen Stationen. Jede Periode wird in wenigen Zeilen knapp porträtiert und mit zumeist wohlbekanntem historischen Foto- und Filmmaterial („Tor, Tor, Tor ...“, „Niemand hat die Absicht ...“ etc.) illustriert. In historisch günstigem Licht erscheint dabei allein die Bundesrepublik: Jenseits des ‚Linksterrorismus‘ scheint es hier seit 1949 keinerlei erwähnenswerten Problemlagen gegeben zu haben.

Die Arbeit an der positiven nationalen Meistererzählung

Abschließend preist die Ausstellung deutsche Gegenwart: „Heute ist Deutschland ein weltoffenes und respektiertes Mitglied der europäischen Staatenfamilie, das sich seiner Verantwortung in der globalisierten Welt bewusst ist.“ In Gästebucheinträgen, die auf der Regierungswebsite zitiert werden, stößt diese Darstellung auf ungeteilte Zustimmung: „Ich bin dankbar, dass ich jetzt seit 25 Jahren in einem friedlichen und demokratischen Land leben darf“, ist dort zu lesen, oder: „Niemand stellt sich so kritisch seiner Geschichte wie Deutschland.“

70 Jahre nach dem Ende des NS-Regimes und 25 Jahre nach dem Untergang der DDR wird in der Bundesrepublik stetig an einer positiven nationalen Meistererzählung gearbeitet. In geschichtspolitischen Verlautbarungen und Förderrichtlinien, in öffentlich finanzierten Ausstellungen und Konzepten für die historisch-politische Bildungsarbeit, in den Programmatiken aktueller Denkmal- und Gedenkstättenprojekte erscheint deutsche Geschichte zunehmend als erfolgreiche Überwindung totalitärer Vergangenheit: Ein langes Ringen um Freiheit, Demokratie und Einheit – reich an historischen Irrwegen und Opfern, aber mit Happy End.

Die NS-Vergangenheit als Antithese zu deutscher Gegenwart

Die NS-Vergangenheit nimmt in dieser Läuterungs- und Erfolgsgeschichte einen zentralen Platz ein. In der ‚Zeitreise 1914-2014‘ firmiert sie etwa als „dunkelste[s] Kapitel unserer Geschichte“. Wie dem eingangs zitierten Eröffnungstext zu entnehmen ist, zählt sie damit jedoch von vornherein zu den Kapiteln, die dank einer zwischenzeitlich ‚äußerst positiven Entwicklung‘ deutscher Geschichte als nachhaltig überwunden gelten können. Die NS-Vergangenheit wird damit zum konstitutiven Bestandteil einer positiven Nationalgeschichte; ihre Funktion besteht hier jedoch primär darin, eine Antithese zur deutschen Gegenwart zu bilden.

Diese Dichotomie durchzog auch zahlreiche Reden von Politikern und Politikerinnen zum 70. Jahrestag der Befreiung der

nationalsozialistischen Lager. „Und doch konnten wir nach den dunklen Nächten der Diktatur, nach Schuld und Scham und Reue ein taghelles Credo formulieren“, verkündete etwa Bundespräsident Joachim Gauck am 27. Januar im Rahmen der Gedenkstunde des Bundestages: „Wir taten es, als wir dem Recht seine Gültigkeit und seine Würde zurückgaben. Wir taten es, als wir Empathie mit den Opfern entwickelten. Und wir tun es heute, wenn wir uns jeder Art von Ausgrenzung und Gewalt entgegenstellen und jenen, die vor Verfolgung, Krieg, und Terror zu uns flüchten, eine sichere Heimstatt bieten.“

Auschwitz und die deutsche Identität

Ein weiterer Satz aus Gaucks Rede, die zweifellos auch als Ouvertüre zum Gedenkjahr 2015 angelegt war, wurde seither vielfach zustimmend zitiert: „Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz.“ Aufschlussreich ist allerdings, wie Gauck dieses Verhältnis konkret definierte: „[D]a ist ein Bruch eingewebt in die Textur unserer nationalen Identität, der im Bewusstsein quälend lebendig bleibt.“ Das ist ein offensichtlich widersinniges Bild. Ein Bruch ist nur ein Bruch, solange er als solcher bestehen bleibt. Sobald er irgendwo ‚eingewebt‘ ist, kann er nicht mehr als Bruch gelten, sondern müsste als Naht- oder Flickstelle etikettiert werden.

Derartige Paradoxien im Sprechen über NS-Vergangenheit und deutsche Identität dürften der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit aber mittlerweile wohl vertraut sein: Der nationalsozialistische „Zivilisationsbruch“ wird im vereinten

Deutschland seit jeher viel beschworen. Die NS-Vergangenheit ist zentraler Bestandteil des historisch-politischen Bildungskanons und wird in einer staatlich geförderten Gedenkstättenlandschaft eindrucksvoll repräsentiert. Zugleich wird dieser „Zivilisationsbruch“ jedoch mehr und mehr in eine nationale Meistererzählung eingebettet, die dessen ‚lebendiges‘ Irritationspotenzial effektiv einhegt.

Der Status Quo als alternative Lehre aus der Geschichte‘

Mehrere Generationen von Gedächtnisaktivisten und -aktivistinnen, unterstützt von einer wachsenden kritischen Öffentlichkeit, haben sich nach 1945 dafür engagiert, das NS-Regime und seine Massenverbrechen als irreversiblen historischen Bruch zu etablieren; als einen beständigen Störfaktor, der kritische Fragen nicht nur an die Vergangenheit, sondern auch an eine jeweilige Gegenwart und Zukunft provoziert, und zwar immer wieder aufs Neue.

Diese Sinnfigur des fundamentalen Bruchs war in der Bundesrepublik ein wesentlicher Motor für allerart Emanzipations- und Demokratisierungsprozesse. In der neuen nationalen Meistererzählung wird das Motiv des Bruchs durchaus beibehalten, zugleich aber im doppelten Wortsinn aufgehoben: Das sogenannte Lernen aus der Vergangenheit wird für erfolgreich abgeschlossen erklärt, die deutsche Gegenwart als glückliches ‚Ende der Geschichte‘ präsentiert.

Mit einer kritischen historischen Selbst- und Gegenwartsreflexion, wie sie in einer

demokratischen Gesellschaft zumal in den gegenwärtigen Krisenzeiten angezeigt wäre, hat das nichts mehr zu tun. Hier geht es um nationale Identitätspolitik, und darum, den gesellschaftspolitischen Status Quo als alternativlose Lehre aus negativer Vergangenheit zu legitimieren.

Bemerkenswert ist dabei nicht nur, mit wie viel Eifer diese historische Sinnstiftung aktuell betrieben wird, sondern auch, dass dagegen kaum einmal noch Einspruch erhoben wird.

Quellen

Aktuelle Informationen zur ‚Zeitreise 1914-2014‘ finden sich auf der [Homepage der Bundesregierung](#). (1.9.2015).

[Ausstellungstexte und Filmmaterial](#) sind online dokumentiert (1.9.2015); auch [Gästebucheinträge](#) lassen sich online einsehen. (1.9.2015).

Die Rede von Bundespräsident Joachim Gauck zum ‚Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus‘ am 27.1.2015 findet sich auf der [Homepage des Bundespräsidenten](#). (1.9.15).

Über die Autorin

Cornelia Siebeck ist Historikerin. Sie forscht, schreibt und lehrt an der Ruhr-Universität Bochum und der Humboldt Universität Berlin zu gedächtniskulturellen und -politischen Fragestellungen. Außerdem engagiert sie sich im Bereich der historisch-politischen Bildungssarbeit.

Erinnern und Gedenken 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs

Von Thomas Lutz

Die kaum zu zählenden Feierlichkeiten zum Ende des Zweiten Weltkriegs und die Befreiung vom Nationalsozialismus zwischen 27. Januar und 9. Mai sind beendet. Was bleibt als Erkenntnis und Perspektive?

Die Begriffe Erinnern und Gedenken werden im Hinblick auf die Opfer des Zweiten Weltkriegs inflationär genutzt und unterschiedlich interpretiert. Anhand ihrer inhaltlichen Erläuterung soll auch die Entwicklung der Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte bis heute dargelegt werden.

Erinnerung wird heute auch gesellschaftlich interpretiert. Der Begriff der Erinnerung umfasst heute eine gesellschaftliche Form des im ‚Gedächtnis bewahrten Eindrucks‘, ein ‚Andenken‘, das mit ‚Ermahnung‘ einhergeht.

Die zahlreichen Gedenkveranstaltungen an den historischen Orten des NS-Terrors anlässlich der Befreiung machen deutlich, dass es hier mittlerweile eine Entwicklung über einen Zeitraum von etwa 30 Jahren gibt. In den letzten Jahrzehnten wurden „[...] eine Fülle von Formen und Verfahren der Erinnerung hervorgebracht, ausprobiert und in einer eigenen Kultur der ‚Vergangenheitsbewältigung‘ oder besser: Erinnerungskultur organisiert, ritualisiert und verdichtet ...“ (Peter Reichel)

Besonders die Reden der hochrangigen Politiker während der Jahresfeierlichkeiten zeigen die gemeinschaftsstiftende Funktion dieser Rituale auf, die immer einen Bezug zur Gegenwart haben. Aktuell wird die Erinnerung an die historischen Ereignisse genutzt, um einen Bruch mit der Vergangenheit zu konstatieren, dem Leugnen und Vergessen deutlich zu widersprechen, in Bezügen zur Gegenwart Zivilcourage einzufordern, sich gegen Diskriminierung von Minderheiten zu richten sowie die Einhaltung der Menschenrechte einzufordern.

Rückblickend lässt sich festhalten, dass die Erinnerung an die NS-Opfer nach dem Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten 1990 wegen des außenpolitisch notwendigen Nachweises der Abkehr von einer revanchistischen Politik und der innenpolitisch notwendigen Sinnstiftung nach dem Systemwechsel in der DDR von Seiten der Bundesregierung stark gefördert wurde. Günter Morsch weist darauf hin, dass die Kohl'sche Regierung ihren Impetus der Erinnerungspolitik verlieh und nicht auf der historischen Bedeutung der Geschichte. In den 90er Jahren war es Usus, bei der Neugründung der Gedenkstätten der zivilgesellschaftlichen Beteiligung und der wissenschaftlichen Expertise weitreichende Mitsprachmöglichkeiten zu gewähren trotz der mit der Finanzierung durch die öffentliche Hand unabdingbaren Dominanz der Vertretungen der Geldgeber in den Gremien. Seit Ende der Neunzigerjahre hat sich

dieser inhaltliche Wandel auch in der Struktur der Erinnerungsinstitutionen widergespiegelt. Allmählich wurden in die Gremien der Gedenkstättenstiftungen überwiegend Ministerialbeamte und weit von den Sachfragen entfernte Vertreter verschiedener Körperschaften des öffentlichen Rechts berufen. Am offensichtlichsten ist dies im Kuratorium des Denkmals für die Ermordung der Europäischen Juden, in dem der Politikeranteil 80% beträgt.

Gegenwärtig besteht eine ambivalente Situation, indem auf der einen Seite die staatstragende Erinnerungskultur sich immer weiter weg von den historischen Begebenheiten bewegt hin zu aktuellen Begründungszusammenhängen. Diese Interpretationen werden eindeutig und einseitig ausgelegt.

Gerade unter pädagogischen Gesichtspunkten sind diese rituellen Umgangsformen zumindest langweilig, wenn nicht gar abschreckend.

Auf der anderen Seite stellt sich die Frage, inwieweit dennoch diese Form der Erinnerung an die NS-Verbrechen aktuelles Denken und Handeln beeinflusst. Angesichts der hochaktuellen und brisanten Frage des Umgangs mit Flüchtlingen und Einwanderern scheint die in der Zivilgesellschaft – in einem Maß wie noch nie in der Geschichte Deutschlands vorhandene – Willkommenskultur und die eindeutigen Stellungnahmen der Politik für das Recht auf Asyl sowie die Verurteilung von Diskriminierung und Gewalt gegenüber dieser Menschengrup-

pe ein Hinweis auf die Transferleistungen dieser in Deutschland besonderen Form der Erinnerungskultur zu sein.

Der Begriff des Gedenkens stand zunächst für das Nichtvergessen von (selbst) erfahrenem und erlittenem Unrecht. Im Wörterbuch der Akademie der Wissenschaften der DDR ist Gedenken 1967 erstmals erinnerungspolitisch gefasst worden, indem auf die Formulierung „Gedenken an die Opfer des Faschismus“ und auf die Wortbildung „Gedenkstätte“ als einer „Stelle, an der sich früher ein Vernichtungslager befand“ hingewiesen wurde.

In den 1970er-Jahren hat sich in Westdeutschland die historisch neue und sehr besondere Form des „negativen Gedenkens“ entwickelt. Es wird an die Mitglieder der Gruppen gedacht, die bisher vergessen waren und die eigene Verantwortung an der Tat wird selbstkritisch reflektiert. Verknüpft mit dem Gedenken ist die gesellschaftliche Anerkennung der Gruppen der Opfer, die entweder am Rande der eigenen Gesellschaft gestanden haben oder Ausländer waren. Auch dieser historische Lernprozess hatte und hat Implikationen für heutige Randgruppen.

Welchen Opfergruppen mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird, hat sich im Laufe der sieben Jahrzehnten seit der Befreiung gewandelt. In der DDR wurden die – vor allem regimetreuen – Antifaschist/innen in den Mittelpunkt gestellt – sowohl hinsichtlich der gesellschaftlichen Hofierung als auch der materiellen Versorgung. In

der westdeutschen „Mitläuferfabrik“ haben in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten die deutschen Gefallenen, Ausgebombten, Kriegsgefangenen sowie Flüchtlinge und Vertriebene im Unterschied zu den Gruppen der NS-Opfer eine größere Unterstützung erfahren. Erst seit den siebziger Jahren hat sich dies verändert. Und selbst wenn in der Zwischenzeit, wenn auch sehr spät, die unterschiedlichen Gruppen anerkannt worden sind, gibt es immer noch ungelöste Aufgaben. Der Judenmord ist in den letzten zwei Jahrzehnten in der deutschen Wahrnehmung immer präsenter und weltweit universalisiert worden. Immer noch offen ist jedoch die Entschädigung von Kriegsgefangenen und Militärinternierten. Zudem hat sich in Deutschland in den letzten Jahren wieder die Tendenz eines auf sich selbst gerichteten Gedenkens herausgeschält. Die Nachweise hierfür reichen von Jörg Friedrichs Buch „Der Brand“ bis hin zum „Zentrum gegen Vertreibung“.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass sich die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte – fokussiert auf den Holocaust – in den letzten zwei Jahrzehnten stark internationalisiert hat. Zwar war es schon immer so, dass Forderungen von Seiten der Häftlingsorganisationen aus dem Ausland die Aufarbeitung an den historischen Orten in bedeutender Weise begünstigt hatten. In den letzten 15 Jahren sind die NS-Verbrechen darüber hinaus zu einem Identitätsangebot an Europa geworden. Friedensprojekte, die Verdammung von Krieg, demokratisches Handeln und ein Selbstverständnis

als Gralshüter von Kultur und Zivilisation wurden daraus abgeleitet. Vor allem für die mittelosteuropäischen Beitrittsländer war dieses Bekenntnis während ihres Kandidatenstatus von Bedeutung. Nachdem sie EU-Mitglieder geworden sind, hat ihr Engagement stark nachgelassen. Hinzu kommt, dass mit den berechtigten Forderungen nach Anerkennung der Opfer des Stalinismus ein Geschichtsbild verbunden wird, das die Einzigartigkeit des Holocaust negiert. Im 2002 in Budapest eröffneten Haus des Terrors ist dies exemplarisch anzusehen. Leider hat die anwachsende nationalistische Geschichtsschreibung in diesen Ländern auch zum Ergebnis, dass sie sich selbst als Opfer beider Diktaturen darstellen und nicht darüber nachdenken, was für Konsequenzen aus der eigenen Kollaboration und Verantwortung für die Menschheitsverbrechen im Zweiten Weltkrieg zu ziehen wären.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass es gut ist, die unterschiedlichen nationalen Narrative zu kennen und sich im Dialog miteinander über die Besonderheiten auszutauschen. Eine einheitliche europäische Erinnerungskultur erscheint so wenig möglich wie sie sinnvoll wäre.

70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wird häufig ein Aufbruch zu neuen Themen und Narrativen gefordert. In der Tat ergeben sich mit dem zunehmenden zeitlichen Abstand Herausforderungen.

Der Einfluss familiärer Prägungen gerade auf das individuelle Bild über die NS-Zeit ist prinzipiell bekannt. Es gibt keine vali-

den Untersuchungen, welchen Veränderungen diese familiäre Tradierung auf das Geschichtsbild der jungen Generation unterliegen – wo mittlerweile die Urgroßväter in der NS-Zeit agiert haben.

Die „68er-Generation“, die das kulturpolitische Fundament für die einschneidende Aufarbeitung der NS-Zeit gelegt hat, tritt vom Arbeitsleben ab.

Nach wie vor sind Spiel- und Dokumentarfilme sowie Berichte aus der NS-Zeit sehr häufig in den Medien, die auch die Verbrechen thematisieren, zu finden. Weltweit nimmt das Interesse am Holocaust immer noch kontinuierlich zu.

Dennoch nimmt das konkrete historische Wissen über die Geschichte ab. Sehr generalisierend kann festgehalten werden, dass in neuesten Schullehrplänen der Judenmord häufig ohne Kontext in den Mittelpunkt der Geschehnisse gestellt wird. Die Taten scheinen jedoch ohne Täter stattgefunden zu haben. Angesichts der Kompetenzorientierung und der Verkürzung des Geschichtsunterrichts im zwölfjährigen Gymnasialsystem gibt es nicht mehr die Notwendigkeit, sich mit der NS-Geschichte zu befassen. Auch an den Universitäten sind die Lehrangebote zu diesem historischen Zeitraum stark zurückgegangen. Angehende Lehrer können heute die einschlägigen Fächer abschließen, ohne einmal die NS-Zeit behandelt zu haben.

Ausgehend von den theoretischen Überlegungen von Maurice Halbwachs können historische Ereignisse in Gesellschaften über die dritte Generation hinweg nur

dann kommunikativ lebendig bleiben, wenn sie von professionellen Einrichtungen getragen werden. Gedenkstätten sind ein Teil dieser Institutionenlandschaft. Die Gedenkstätten an Orten früherer selbstständiger KZ konnten sich im Rahmen des Bundesgedenkstättenkonzeptes erheblich ausweiten, erneuern und professionalisieren. Wenn auch das Konzept des Bundes an seine innovativen Grenzen gestoßen ist, sind die nachholenden Entwicklungen in verschiedenen Bundesländern – von Baden-Württemberg bis Schleswig-Holstein – für die Weiterentwicklung zumindest der Einrichtungen, die sich in den letzten drei Jahrzehnten mit festem Personal etablieren konnten, sehr positiv. Gerade diese Dezentralität ist für die Wahrnehmung der Geschichte in der deutschen Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung. Zudem haben die Gedenkstätten sich gerade in der Bildungsarbeit enorm weiterentwickelt – was ein Blick auf aktuelle Publikationen und Seminarprogramme offenbart.

Sie sind in der Lage die Erinnerung an die NS-Zeit aufrecht zu erhalten. Wichtig ist dabei, dass sie nicht moralische Vorgaben machen, sondern das historische Verstehen fördern, wie es Martin Broszat schon in den 1980er-Jahren gefordert hat. Gedenken ist dann kein symbolisches Ritual, sondern ein auf Dauer ausgerichteter historischer Lernprozess mit starken Implikationen aus und für die Gegenwart.

Die NS-Zeit bleibt für das Verständnis der Entwicklung des heutigen Deutschlands zentral. „Der 8. Mai 1945 ist Teil meiner

Lernen aus der Geschichte

Zur Diskussion

Identität, die geprägt ist von Bildung und Demokratie.“ Dieses am 4. Mai 2015 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung nachzulesende Zitat eines jungen Kurden, der 1996 mit seinen Eltern nach Deutschland gekommen ist, macht deutlich, dass es einen vielfältigen Bezug zu der deutschen Zeitgeschichte gibt. Zunehmend wichtiger werden für den Lernprozess didaktisch-methodische Überlegungen der Beschreibung des historischen Gegenstands in Bezug auf die Gegenwart der interessierten Besucherinnen und Besucher.

Über den Autor

Dr. Thomas Lutz ist Gedenkstättenreferent der Stiftung Topographie des Terrors. Das www.gedenkstaettenforum.de wird als Plattform für Informationen über Gedenkstätten von ihm redaktionell betreut.

NS-Gedenkstätten: verunsichernde oder stabilisierende Orte?

Von Werner Dreier

Sind Gedenkstätten so fraglos „verunsichernde Orte“, dass dies im von Barbara Thimm, Gottfried Köbler und Susanne Ulrich herausgegebenen Buch mit diesem Titel gar nicht mehr belegt werden muss? Und wenn ja, dann inwiefern und für wen?

Oder haben sie stattdessen nicht eine stabilisierende gesellschaftliche Funktion, weil sie die Richtigkeit der gegenwärtigen Verhältnisse durch den Verweis auf das überwundene Unrecht belegen, oder weil sie Deutschlands Hegemonie in Europa als verträglicher, weil verletzlicher erscheinen lassen?

Und schließlich: Interessiert das die Besucherinnen und Besucher überhaupt, die in Millionen jedes Jahr die großen und zu Tausenden die kaum mehr zählbaren kleineren Gedenkstätten in Deutschland besuchen? Wonach suchen sie dort?

Gedenkstätten, Gegenerzählungen und Geschichtspolitik

Ein kleiner Blick über den Tellerrand des deutschen Diskurses hinaus: In Budapest steht seit Sommer 2014 das Okkupationsdenkmal zur Erinnerung an die deutsche Besatzung, das die Regierung Orban unbeirrt von heftiger Kritik durchsetzte. Dort stürzt sich der deutsche Reichsadler auf den Ungarn symbolisierenden Erzengel Gabriel

– ein Versuch, den Mythos von Ungarn als Opfer der Nazis gegen die Geschichte der Involvierung Ungarns in die Massenmorde durchzusetzen. Doch vor dem Denkmal läuft eine massive Kette über gusseiserne Pfosten, die wohl verhindern soll, dass Menschen vom unterhaltsamen Springbrunnen auf die Straße laufen, die diesen vom Denkmal trennt. Und entlang dieser Kette besteht ein weiteres Denkmal: An der Kette hängen Fotos und Fotokopien, auf dem Boden liegen Steine und Kerzen, ein Koffer steht da und Blumenkistchen, kleine Objekte liegen am Boden, manche auf einem Hocker, der sie präsentiert wie eine Vitrine. Alle erinnern an den Holocaust und die in Ungarn und von Ungarn begangenen Verbrechen. Sie liegen da, weil sie von Bürgerinnen und Bürgern dorthin gelegt wurden. Im Schatten der Bäume sitzen vielleicht fünfzehn Menschen im Kreis und diskutieren heftig, ein Mann bietet sich an zu erklären, was hier vor sich geht. Kurz: das Gelände dieses Okkupationsdenkmals ist derzeit wohl die am besten funktionierende Gedenkstätte, die ich kenne. Sie ist kontrovers, ein dominierendes Masternarrativ wird vielstimmig herausgefordert durch Gegenerzählungen. Sie ist partizipativ und ermöglicht es Besucherinnen und Besuchern, sich selbstständig und selbsttätig einzubringen, sie ist dialogisch und offen für die Fragen und Anliegen, welche an sie herangetragen werden. Und sie ist dynamisch abhängig von der gesellschaftlichen Energie, die sie trägt. Sind alle Fragen abgearbeitet und alle Anliegen zufriedengestellt, dann wird das Denkmal zu

einem weiteren der vielen scheußlichen Setzungen im öffentlichen Raum, die niemand mehr wahrnimmt und die nichts mehr bedeuten.

Doch was bedeutet das für die eingangs gestellten Fragen? In Westdeutschland waren die NS-Gedenkstätten vor der Wende geschichtspolitisch relevante Orte., in denen eine zumeist in der Nachkriegszeit groß gewordene Generation von geschichtspolitischen Akteuren ihre politischen und sozialen Umwelten mit der Erinnerung an die Leiden der Opfer und der Forderung nach der Auseinandersetzung mit der Verantwortung der gesellschaftlichen Mehrheit konfrontierte. Die Gedenkstätten auf dem Boden der DDR hatten bis zur „Wende“ eine klar stabilisierende Funktion für den sozialistischen deutschen Staat, danach wurden sie nicht nur in die staatliche Verantwortung der Bundesrepublik überführt, sondern auch in den westdeutschen Gedenkstättendiskurs. In Österreich war das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen schon 1947 in die Verantwortung der Republik Österreich übergeben worden. Und die tut sich seither schwer damit. Daneben sammelten sich v. a. um die Nebenlager geschichtspolitische Akteure vergleichbar zu Deutschland.

Erinnerungskulturelle Problemstellungen in Österreich

Während sich in Deutschland eine Kultur der Bespielung der „Bühne Gedenkstätte“ durch die Politik etabliert hat, wo das richtige Verhalten und Sprechen eingeübt und abrufbar ist, wo es Grenzen für die In-

strumentalisierung gibt und zumindest rhetorisch die Autonomie der Orte etabliert scheint, läuft das in Österreich noch etwas weniger professionell und weniger kulturell geschliffen ab. Hier treten die Widersprüche zwischen staatlicher Verantwortung und gesellschaftlicher bzw. auch politischer Relevanz offener zu Tage. Die damit verbundenen Konflikte scheinen in Deutschland in tragbaren Stiftungs- und Beiratskonstruktionen erfolgreich eingehaust zu sein, nachdem die Alterskohorte der Gedenkstätten-Aktivist*innen unter den Rahmenbedingungen des vereinigten Deutschland die Gedenkstätten und ihre damit verbundenen geschichtspolitischen Anliegen erfolgreich etablieren konnten. Das ist in Österreich noch nicht so gelungen, wohl weil die Notwendigkeit da weniger dringlich erscheint, wo die Verantwortung für die nationalsozialistischen Menschheitsverbrechen weniger bearbeitet wird.

Potentiale der Gedenkstätten und Besucherorientierung

Jenseits der gedächtnispolitischen Rede und der Gedenk-Beteuerungen eröffnen diese NS-Gedenkstätten jedoch einen Blick auf Geschichten von Menschen und in gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die dieses Erniedrigen, Töten, das Leiden und Kämpfen, das Aufgeben und Weiterleben erst möglich machten. Umso genauer dieser Blick auf die Menschen und die Verhältnisse fokussiert, umso mehr Verstörendes zeigt er. Wir werden an die Fragilität unserer als selbstverständlich gesetzten Normalität von Demokratie und Gewaltfreiheit erinnert

und dass es parallel dazu andere Normalitäten gibt, in denen Entmenschlichung und exzessive Gewalt existieren.

Jenseits der eingeübten Floskeln von Demokratie und Menschenrechten können an den NS-Gedenkstätten die Folgen der Missachtung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaat erfahren werden. Die Gedenkstätten und dort angebotene Programme können diese großartigen Fundamente menschlichen Zusammenlebens gerade dadurch verteidigen, indem sie als verletzlich und eben gar nicht selbstverständlich erlebt werden. Diesbezüglich sind NS-Gedenkstätten affirmativ und ein Stachel im Fleisch wären sie insofern, als dass sie Fragen nach aktuellen Defiziten und Gefährdungen bei den Besucherinnen und Besuchern möglich machen.

Und schließlich die Besucher/innen: Bringen sie sowieso alles schon selber im Gepäck mit, was sie an diesen Orten zu finden meinen, wie Ruth Klüger, selbst Überlebende, hellsichtig anmerkt? Nein. Sie sind ganz verschieden und bringen ganz Verschiedenes mit. Die Gedenkstätten versuchen - und könnten das noch vermehrt tun -, mit den Besucher/innen ins Gespräch zu kommen: Was sehen sie? Was bedeutet das für sie? Was lernen Besucher/innen und was nehmen sie mit? Das meint wohl „Besucherorientierung“. Und das ist so immens schwer umzusetzen. Wie etwa bei Schulgruppen, die sich gerade mal zwei Stunden Zeit nehmen. Wie bei individuellen Besuchern, die ebenso gut touristisch motiviert, wie durch das Gedenken an umgekommene

Angehörige sein können.

Zusammenfassend: Die Gedenkstätten professionalisieren sich zunehmend. Es bilden sich zunehmend spezialisierte Tätigkeitsfelder heraus, die eigene professionelle und damit auch akademische und reflexive Standards entwickeln. Dieser immer elaboriertere Gedenkstätten Diskurs in Deutschland, wie er in einem kürzlich erschienen Buch über Gedenkstättenpädagogik abgebildet ist, eröffnet auch die Möglichkeiten, darüber nachzudenken, warum an Gedenkstätten welche Angebote für welche Besuchergruppen entwickelt werden. Mir scheinen die drei Fragen nach den Zielen, den Methoden und der Besucherorientierung wichtig – und die Antworten darauf dürften sowohl systemstabilisierende wie auch die vorherrschenden Systeme herausfordernde Anteile haben.

Literatur

Barbara Thimm, Gottfried Köbler, Susanne Ulrich (Hrsg.), Verunsichernde Orte. Selbstverständnis und Weiterbildung in der Gedenkstättenpädagogik. Frankfurt a.M. 2010.

Ruth Klüger, weiter leben. Eine Jugend, Göttingen 1992, S. 75.

Elke Gryglewski, Verena Haug, Gottfried Köbler, Thomas Lutz, Christa Schikorra (Hg.): Gedenkstättenpädagogik. Kontexte, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen. Berlin 2015.

Über den Autor

Dr. Werner Dreier ist Geschäftsführer von erinnern.at, ein Vermittlungsprojekt des Bundesministerium für Bildung und Frauen für Lehrende an österreichischen Schulen.

Der Triumph der These von der deutschen Kollektivschuld – Die Deutschen zwischen Selbsttäuschung und Selbstentlastung am Ende des Zweiten Weltkrieges

Von Etienne Schinkel

Im Mai 1945 war Deutschland militärisch besiegt, politisch entmündigt und mit Schuld beladen. Das „Dritte Reich“ hatte endgültig ausgespielt. Wie sollte es weitergehen? Die Deutschen, viele von Hunger und Not geplagt, blickten in eine ungewisse Zukunft. In einem war sich die überwältigende Mehrheit der deutschen Bevölkerung jedoch gewiss: Sie hatte sich in den zwölf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft nichts zuschulden kommen lassen. Zur Abwehr des – so strikt von den Alliierten niemals erhobenen – Vorwurfs der Kollektivschuld legte man sich rasch zwei Entlastungsstrategien zurecht: Man sei nie Anhänger des Nationalsozialismus gewesen und von den an den Juden Europas verübten Verbrechen habe man nichts gewusst. Beide Argumente entsprachen nicht der Wahrheit. Stattdessen handelte es sich um offensichtliche Rechtfertigungen für das eigene moralische Versagen.

Die Deutschen als Opfer Hitlers und der NS-Propaganda

Nur wenige Deutsche gaben nach 1945 öffentlich zu, dass sie der NS-Diktatur bejahend gegenübergestanden bzw. diese lange Zeit sogar frenetisch bejubelt hatten. Diese Verhaltensweise war angesichts der

neuen politischen Machtverhältnisse nur allzu verständlich. Doch das fortwährende Reklamieren, von den skrupellosen Nationalsozialisten verführt, vor allem aber terrorisiert, unterdrückt und verängstigt worden zu sein, mutete geradezu absurd an angesichts der Unterstützung, die das NS-Regime noch erfuhr, als seine Niederlage längst absehbar war. Gab es im Nationalsozialismus wirklich keine Nationalsozialisten?

Gewiss gab es Männer und Frauen, die hinter vorgehaltener Hand oder im kleinen Kreis an dieser oder jener Maßnahme Kritik äußerten. Natürlich gab es Männer und Frauen, die angesichts des willkürlichen Terrors von Gestapo, SA oder SS Angst hatten. Selbstverständlich gab es Männer und Frauen, die unter Lebensgefahr Widerstand leisteten. Grundsätzlich stand aber das Gros der Deutschen hinter dem „Dritten Reich“. Die Akzeptanz des NS-Regimes beruhte vor allem auf Hitler. Durch die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit wurde er für die Deutschen zum Retter in der Not. Sein außenpolitisches Geschick machte ihn in den Augen vieler zum Vollender der deutschen Geschichte. Kurz: Für die Deutschen war Hitler ein wahrer Teufelskerl.

Neben der Person des Führers trug die von den Nationalsozialisten propagierte „Volksgemeinschaft“ maßgeblich zur großen Popularität des NS-Regimes bei. Das Gefühl, Anteil an einer heroischen Zeit des nationalen Wiederaufstiegs zu haben, war weit verbreitet. Die vom Propagandaapparat Goebbels beschworene egalitäre

Leistungsgesellschaft, in der scheinbar alle Klassengegensätze und traditionellen Herkunftsbeschränkungen aufgehoben seien, besaß nachweislich eine enorme Anziehungskraft. Durch die vermeintlichen und realen wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen – z.B. die von „Kraft durch Freude“ subventionierten Kurzurlaube oder die von der „NS-Volkswohlfahrt“ organisierten Spendenaktionen für bedürftige „Volksgenossen“ – erreichte die NSDAP ein extrem hohes Maß an Zustimmung.

Die Deutschen als Opfer ihrer Nicht-Kenntnis vom Holocaust

„Davon haben wir nichts gewusst!“ Dieser Satz wurde alsbald zur neuen deutschen Nationalhymne. Fast unisono bestritt man, vom Mord an den Juden etwas gewusst oder auch nur geahnt zu haben. Das war die „Lebenslüge der meisten Mitlebenden“ (Benz 1991, S. 438). Wenn auch die Einzelheiten des Mordprogramms für die meisten unbekannt blieben, konnte von einer strikten Geheimhaltung indes keine Rede sein.

Hitler und andere führende Nationalsozialisten sprachen immer wieder in aller Öffentlichkeit unverhohlen über das den Juden zgedachte Schicksal. Der eigene „Volksempfänger“ und der verordnete „Gemeinschaftsempfang“ in Behörden, Schulen oder Gaststätten machten Millionen Deutsche zu Ohrenzeugen der Vernichtungsdrohungen. Auch über die Lektüre von Zeitungsartikeln konnte man sich Gewissheit verschaffen: Kaum verhüllte Hinweise auf die Ermordung der Juden ließen sich fast

jedem überregionalen und lokalen Blatt entnehmen. Wehrmachtssoldaten auf Heimaturlaub berichteten Angehörigen und Freunden von den Gräueltaten, die sie mit eigenen Augen gesehen hatten oder an denen sie selber aktiv beteiligt waren. In ihren Feldpostbriefen fand der Judenmord – trotz Zensur – vielfach Erwähnung. Die Rundfunksendungen der Alliierten stellten nicht selten äußerst genaue Informationen bereit. Ihren über ganz Deutschland abgeworfenen Flugblättern konnten bisweilen präzise Angaben über die nationalsozialistische Vernichtungspolitik entnommen werden. Selbst die Vernichtungslager „im Osten“ waren nicht hermetisch abgeschlossen. Angehörige der SS-Wachmannschaften missachteten ihre Schweigepflicht und plauderten Details über die Vernichtungsaktionen aus. Die Liste ließe sich noch fortsetzen. Wer nur wollte, konnte sich die Wahrheit über den Holocaust zusammenreimen.

Schließlich: Die Deutschen als Opfer alliierter Willkür und Siegerjustiz

Die Alliierten wollten alle Deutschen, die in der NS-Zeit Verbrechen begangen hatten, vor Gericht stellen und verurteilen. Um die Grundlagen für ein demokratisches Deutschland zu legen, strebten die Besatzungsmächte zudem eine Entnazifizierung und „Umerziehung“ der Deutschen an. Beide Unternehmen stießen mehrheitlich auf Ablehnung in der Bevölkerung. Das seit November 1945 in Nürnberg tagende Internationale Militärtribunal gegen die Hauptkriegsverbrecher und mehr noch die zwölf Nachfolgeprozesse gegen Justizbeamte,

Literatur

Ärzte, hochrangige Militärs, Industrielle oder Wirtschaftsmanager galten Vielen als eine gezielte Erniedrigung Deutschlands und als eine rachsüchtige Siegerjustiz. Im Hinblick auf die Entnazifizierung stießen vor allem die Verfahren der Amerikaner auf wenig Verständnis. Das befohlene Ausfüllen mehrseitiger Fragebögen über den persönlichen, beruflichen und politischen Werdegang, auf deren Grundlage dann die Spruchkammerverfahren durchgeführt wurden, blieb für das Gros der Deutschen bis zuletzt „ein primär negativ konnotiertes Unternehmen“ (Borgstedt 2009 : . 89). Den Siegern, die einen Luftkrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung geführt hätten, käme es gar nicht zu, über deutsche Bürgerinnen und Bürger Gericht zu halten. Auf die bereits vor Kriegsende angeordnete Zwangsbesichtigung der befreiten Konzentrationslager oder das verordnete Ansehen des unmittelbar nach der Befreiung produzierten Dokumentarfilms „Todesmühlen“ reagierten fast alle Deutschen mit Unverständnis.

Die Mehrheit der Deutschen sah in diesen Maßnahmen einen pauschalen Schuldvorwurf, welchen sie quasi reflexartig ablehnte. Und wieso sollte sie sich auch ihrer Mitverantwortung stellen? Sie hatte doch schließlich den Nationalsozialismus nicht gewollt und von den Verbrechen an den Juden nichts gewusst. Faktisch hatte damit im Nachkriegsdeutschland nicht die These von der deutschen Kollektivschuld, sondern die These von der deutschen Kollektivunschuld triumphiert.

Frank Bajohr/Dieter Pohl: Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten, München 2006.

Wolfgang Benz: Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Bewusstsein der Deutschen, in: Peter Freimark/Alice Jankowski/Ina S. Lorenz (Hg.): Juden in Deutschland. Emanzipation, Integration, Verfolgung und Vernichtung, Hamburg 1991, S. 435–449.

Angela Borgstedt: Die kompromittierte Gesellschaft. Entnazifizierung und Integration, in: Peter Reichel/Harald Schmid/Peter Steinach (Hg.): Der Nationalsozialismus – Die zweite Geschichte. Überwindung – Deutung – Erinnerung, München 2009, S. 85–104.

Bernward Dörner: Die Deutschen und der Holocaust. Was niemand wissen wollte, aber jeder wissen konnte, Berlin 2007.

Norbert Frei: 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005.

Ian Kershaw: Das Ende. Kampf bis in den Untergang. NS-Deutschland 1944/45, München 2011.

Peter Longerich: „Davon haben wir nichts gewusst!“. Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945, München 2006.

Hans Mommsen: Zum Erscheinungsbild Adolf Hitlers in der deutschen Öffentlichkeit vor und nach dem 9. Mai 1945, in: Christoph Cornelißen/Lutz Klinkhammer/Wolfgang Schwentker (Hg.): Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 95–107.

Über den Autor

Etienne Schinkel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Didaktik der Geschichte an der Georg-August-Universität Göttingen.

Eine notwendige Kritik der Ausstellung am Waldfriedhof Halbe

Von Ralf Dietrich

70 Jahre nach dem Kriegsende wurde im April dieses Jahres eine Ausstellung an der größten Kriegsgräberstätte in Deutschland eröffnet. Um die inhaltliche Ausrichtung gab es Streit.

Wenn Historiker/innen für eine kleine Gemeinde eine dauerhafte Ausstellung erarbeiten, darf dann die Gemeindevertretung die Texte so umschreiben, dass sie „vor Ort akzeptiert“ werden - auch wenn dadurch Aspekte abgeschliffen werden, die ein allzu schlechtes Licht auf die Ortsgeschichte werfen könnten? In einem besonders exponierten Fall ist dies so geschehen.

Halbe ist ein Ort mit etwa 2.000 Einwohnern im Landkreis Dahme-Spreewald. Zehntausende Menschen starben im April 1945 in der Region, nachdem sich deutsche Kampfverbände nicht der Roten Armee ergaben. Rund 23.000 Tote aus den Kampfhandlungen, aber auch Opfer der Wehrmachtsjustiz, sowjetische Zwangsarbeiter/innen und Häftlinge aus dem sowjetischen Speziallager Ketschendorf sind auf dem Waldfriedhof beerdigt.

Nach 1989 entwickelte sich der „Soldatenfriedhof“ zu einem Wallfahrtsort der extremen Rechten. Halbe ist für Neonazis ein Erinnerungsort für den „Kampfgeist der Deutschen“ gegen die vorrückende Sowjetarmee.

Widerstand gegen das neonazistische „Heldengedenken“ leistete ein örtliches Aktionsbündnis, zunächst mit Unterstützung von Antifa-Gruppen und des brandenburgischen Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. 2005 stellte sich dem Aufmarsch eine Blockade entgegen, an der sich zahlreiche Landespolitiker beteiligten.

Zunehmend wurde deutlich, dass es, zusätzlich zu solchem Widerstand notwendig war, den Neonazi-Mythen eine dauerhafte Auseinandersetzung mit den historischen Ereignissen entgegenzustellen. Dazu berief der Landtagspräsident Gunter Fritsch (SPD) 2006 eine Expertenkommission unter der Leitung des Direktors der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Professor Günter Morsch, und des Vorsitzenden des Aktionsbündnisses, Superintendent Heinz-Joachim Lohmann. Im Jahr 2009 übergab die Kommission ihren Bericht. Eine Freiluftausstellung, die das historische Geschehen wissenschaftlich fundiert darstellen sollte, war eine zentrale Empfehlung.

Vor Ort fiel das Echo geteilt aus. Es sollte bis 2013 dauern, bis eine Mehrheit im Halber Gemeinderat für die Ausstellung stimmte. Die Amtsverwaltung übernahm die Realisierung, das Geld kam vom brandenburgischen Wissenschaftsministerium. Der Historiker Mikko Wirth stellte in Zusammenarbeit mit Professor Morsch die Texte und Fotos zusammen.

Der Bürgermeister Halbes, Ralf Kunze (Bürgerbündnis freier Wähler), und die

Gemeindevertretung änderten, nachdem sie das Material erhalten hatten, eigenmächtig Texte und entfernten Fotos. Professor Morsch warf der Gemeinde daraufhin „politische Einflussnahme“ und eine „Verfälschung“ der wissenschaftlichen Arbeit vor; er zog sich aus dem Projekt zurück. Der Kurator Wirth hielt die Veränderungen für einen vertretbaren Kompromiss, denn eine „rote Linie“ sei nicht überschritten worden. Martin Gorholt, Staatssekretär im brandenburgischen Wissenschaftsministerium, betonte, die Ausstellung müsse „auf Akzeptanz vor Ort stoßen“, und sah in den Änderungen nur einen „Konsensprozess, wo es um sprachliche Dinge geht.“

Wie weit gingen die Eingriffe tatsächlich? Ein Vergleich der wissenschaftlichen Erstversion und der von der Lokalpolitik bearbeiteten Endfassung zeigt: Manche Modifikationen sind stilistischer Natur, einige der Umformulierungen und Streichungen verändern die Aussagen aber erheblich. Die Eingriffe können in drei Stränge geordnet werden.

Erstens: Hinweise auf die Ermordung von Juden während des Nationalsozialismus wurden entfernt.

Im Text für die Stele 8 „Die Soldaten der Roten Armee“ wurde betont, dass sowjetische Soldaten Vernichtungslager gesehen hatten, „in denen Millionen Menschen, vor allem Juden, ermordet worden waren“. In der veröffentlichten Fassung wird von „unvorstellbarem Grauen“ gesprochen, dem die Rotar-

misten begegnet seien. Der Massenmord an Juden wird nicht mehr erwähnt; „Grauen“ ist im Vergleich eine wolkige Formulierung.

Im Text der Stele 4 hieß es: „Während des Novemberpogroms 1938 kam es auch in Halbe zu Ausschreitung [sic] gegen Juden. [...] Die letzten noch in Halbe wohnenden jüdischen Familien wurden deportiert und ermordet.“ Auch hier wird im veränderten Text das Morden verschwiegen, es heißt nur noch: „Die ortsansässigen Juden wurden nach 1938 vertrieben oder deportiert.“

Zweitens: Informationen über die Rote Armee, die das Bild einer Terror verbreitenden „Siegerarmee“ relativieren, wurden gestrichen.

Auf der Stele 8 wurde ein Bild einer sowjetischen Ärztin entfernt, die 1945 im Lazarett im Nachbarort Teupitz Dienst tat. Gelöscht wurde auch der Hinweis: „Nach den Kämpfen wurden auch deutsche Verwundete und Verletzte in sowjetischen Lazaretten unter sowjetischer Leitung behandelt.“ Ebenso gestrichen wurde die Information, die eine „Verrohung“ von Rotarmisten erklären sollte: „Zehntausende sowjetische Kommissare waren selektiert und erschossen worden.“

Drittens: Bezüge des Ortes Halbe zum Nationalsozialismus wurden getilgt.

Die Stele 4, die mit „Halbe im Nationalsozialismus“ überschrieben war, wurde in „Halbe vor der Kesselschlacht“ umbenannt. Außerdem wurde ein Foto entfernt, auf dem Bürgerinnen und Bürger Halbes im Gasthof

„Deutsches Haus“ vor einer großen Hakenkreuzfahne posieren.

Welche Motivation diesen Veränderungen zugrunde gelegen haben mag, lässt sich aus einem Rundschreiben des Halber Bürgermeisters herauslesen. Kurz vor der Eröffnung schrieb er an die Einwohner der Gemeinde, dass die Ausstellung „keinen Anspruch auf Wissenschaftlichkeit“ erhebe, den Texten und Bildern solle „der herrschende Zeitgeist möglichst wenig anhaben“; diese müsse auch „niemand kommentieren“. Halbe solle ein Gedenkort werden, „wo sich jeder Gedanken zu den Geschehnissen machen kann, ohne Belehrungen, Demonstrationen und Volksreden“.

Die wissenschaftliche Darstellung der Geschichte, so kann man schließen, muss der Bürgermeister als eine vom „Zeitgeist“ diktierte „Belehrung“ empfunden haben. Dass diese Zensur Erfolg hatte, wirft einen Schatten auf diese wichtige Ausstellung, für die sich viele Menschen viele Jahre lang engagiert haben.

Über den Autor

Der Autor ist Geschichtslehrer und Mitarbeiter des Brandenburger Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Die Kameradschaftshilfe ehemaliger Internierter und der Entnazifizierungsgeschädigten Landesverband Hessen e.V.

Von Arne Jost

Als 1963 auf dem „Interniertenfriedhof“ bei Trutzhain ein Gedenkstein mit der Inschrift „Ehre den in den Lagern Ziegenhain und Schwarzenborn verstorbenen Internierten. Ihr Leben war Treue & Hingabe. 1945-1946.“ errichtet wurde, manifestierte sich für die „Kameradschaftshilfe ehemaliger Internierter und der Entnazifizierungsgeschädigten Landesverband Hessen e.V.“ eine Erinnerungskultur, die von diesem Verband bereits 10 Jahre vorangetrieben wurde. Eine Erinnerungskultur, die den 8. Mai 1945 keineswegs als Tag der Befreiung betrachtete sondern vielmehr als Beginn der „verbrecherischen Siegerjustiz“, die sich gegen das „unschuldige“ deutsche Volk richtete und ein völkerrechtswidriges Verbrechen darstellte.

Organisation und Struktur des Verbandes

Die Kameradschaftshilfe hatte sich am 26.07.1953, damals noch unter dem Namen „Kameradschaftshilfe der ehemaligen Internierten“, beim Vereinsregister Kassel unter der Nummer VR 355 als eingetragener und gemeinnütziger Verein registrieren lassen.

Der Verein kämpfte um die Entschädigung für das angebliche Unrecht der Entnazifizierung und sollte seine Mitglieder in diesem Zusammenhang bei rechtlichen und

politischen Fragen beraten. Laut Satzung stand die Mitgliedschaft jedem, der „unter Verletzung anerkannter Grundsätze des Staats- und Völkerrechts seiner Freiheit beraubt“ oder „in seinen im Grundgesetz festgelegten staatspolitischen Rechten und Freiheiten“ eingeschränkt wurde sowie deren Hinterbliebenen offen. Über die Sozialstruktur der Mitglieder lässt sich kaum etwas sagen. Jedoch waren auf den Treffen überwiegend männliche Teilnehmer anwesend und die Redner waren, mit Ausnahme der völkischen Dichterin Ursel Peters, ausschließlich Männer.

Die Kameradentreffen und das politische Selbstverständnis

Bereits ein Jahr vor der Gründung wurde im Landkreis Ziegenhain (heute Schwalm-Eder-Kreis) in Nordhessen das erste „Kameradentreffen aller ehemaligen politisch Internierten mit Angehörigen“ organisiert. Diese Kameradentreffen, die von 1952 bis mindestens 1965 in ein- oder zweijährigem Abstand stattfanden, waren das wichtigste Kommunikationsmedium des Verbandes.

Der Veranstaltungsort der Treffen war nicht zufällig gewählt worden. Im FDP regierten Landkreis Ziegenhain mit seiner traditionell national-konservativen Wählerschaft waren von der US-Armee zwei Internierungslager eingerichtet worden. Eines bei Schwarzenborn und das nur wenige Kilometer entfernte CIC 95 Ziegenhain im heutigen Ort Trutzhain. Das CIC 95 war auf dem Gelände des ehemaligen Kriegsgefangenenlager

STALAG IX A Ziegenhain untergebracht, dem größten Kriegsgefangenenlager auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Hessen. Im CIC 95 waren von Ende März 1945 bis August 1946 Mitglieder der (Waffen)-SS, SA, NSDAP sowie Wehrmachtsangehörige interniert worden.

Während der Zeit des Internierungslagers CIC 95 wurden auf dem Waldfriedhof Trutzhain mehrere verstorbene Internierte durch die US-Armee beerdigt. Wenige Jahre später wurden auch Verstorbene des Lagers Schwarzenborn hierhin umgebettet. Besondere Brisanz erhält der Friedhof dadurch, dass er ursprünglich als sogenannter Russenfriedhof für das Kriegsgefangenenlager STALAG IX A Ziegenhain angelegt worden war und hier mehrere hundert, vor allem sowjetische, Kriegsgefangene in Massengräbern verscharrt liegen. Diese Tatsache geriet nach 1945 jedoch zunehmend in Vergessenheit und die Kameradschaftshilfe sorgte mit ihren Treffen dafür, dass die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus vollends verdrängt wurde.

Vom ersten Treffen 1952, zu dem sich bereits 1800 Teilnehmer einfanden, bis zum größten Treffen 1956 stieg die Anzahl der anwesenden „Kameraden“ auf bis zu 6000 an. Erst danach sank die Teilnehmerzahl wieder rapide ab, bis 1962 nur noch 500 ehemalige Internierte den Weg nach Nordhessen fanden.

In Entsprechung zur wachsenden Größe der Treffen konnte sich auch der Verein im Lau-

fe der 1950er Jahre zunehmend vergrößern, bis er 1956 zwischen 6.000 und 10.000 Mitglieder in 37 Kreisverbänden zählte. Im gleichen Jahr wurde auch der Namenszusatz „und der Entnazifizierungsgeschädigten“ beim Vereinsregister eingetragen.

Passend zu seiner Satzung, gelang es dem Verein sich über Jahre hinweg äußerst erfolgreich als „Geschädigtenverband“ zu präsentieren. Wichtigste Grundlage für diese Argumentation war die konsequente Ablehnung der Kollektivschuld-These. Kombiniert mit der (auch ansonsten weit verbreiteten) Annahme, dass das Deutsche Reich durch die Alliierten zum Krieg provoziert worden sei, war es möglich, die Legitimation der Entnazifizierung vollends zu verdrängen und die von der Entnazifizierung betroffene Bevölkerung als Opfer darzustellen.

Bestärkt wurde der Verein dabei vor allem durch die sogenannte Vergangenheitspolitik der Bundesregierung, die stetig die Entnazifizierung und ihre Folgen aufweichte. Auch in der Bevölkerung wurde lautstark ein Schlussstrich gefordert und man war keineswegs an einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus interessiert.

Der Verein präsentierte sich laut Satzung zwar parteipolitisch neutral, jedoch lässt sich anhand der bei den Treffen anwesenden Parteipolitiker eine deutliche Tendenz erkennen. So waren mehrfach Bundestagsabgeordnete der Deutschen Reichspartei (DRP), der Deutschen Par-

tei (DP) und der Freien Demokratischen Partei (FDP) auf den Treffen anwesend und es kandidierten mindestens zwei Vorstandmitglieder als Bundestagskandidaten für die DRP. Trotz dieser Verortung am rechten Rand des Parteienspektrums trug dies dazu bei, die Treffen vermeintlich demokratisch zu legitimieren. In den 1960er-Jahren waren zudem mehrere Mitglieder und dem Verein nahestehende Personen an der Gründung der Nationaldemokratischen Partei (NPD) in Nordhessen beteiligt.

Ende des Verbandes und Umgestaltung des Friedhofs

Erst als sich das politische und gesellschaftliche Klima Ende der 1950er Jahre langsam wandelte und nun zunehmend auch die Opfer des Nationalsozialismus und eine kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit in den Fokus rückten, nahmen die Aktivitäten der Kameradschaftshilfe ab.

Dennoch wurde der Verein erst 1980, aufgrund des Wegfalls aller Mitglieder, aus dem Vereinsregister gelöscht. Das Erinnerungskulturelle Erbe auf dem Friedhof bei Trutzhain wurde jedoch weiter aufrechterhalten. So hielt die „Friedensaktion Wiedervereinigung“ 1982 erneut ein Treffen auf dem Friedhof ab und der bekannte Rechtsextremist Wolfgang Juchem ehrte in seiner Rede den „Friedensflieger und Märtyrer von Spandau“ Rudolf Hess.

Erst Mitte der 1980er Jahre wurde durch den „Arbeitskreis Spurensuche“ des DGB Nordhessen die Erinnerung an die

Kriegsgefangenen des STALAG IX A wieder in den Mittelpunkt gerückt. Der Friedhof wurde 1992 umgestaltet und als „Mahn- und Gedenkstätte Waldfriedhof Trutzhain“ eingeweiht. Seit 2003 erinnert eine komplett neu gestaltete Gedenkstätte in Trutzhain an die Geschichte des Ortes. Allerdings steht der 1963 errichtete Gedenkstein noch heute auf dem Friedhof.

Über den Autor

Arne Jost studierte Geschichte der internationalen Politik und Erziehungswissenschaften M.A. an der Universität Marburg. Seit vielen Jahren arbeitet er zudem als freier Mitarbeiter in der Gedenkstätte und Museum Trutzhain.

Zeitzeugeninterview mit Dorothy B. - Überlebende aus Bergen-Belsen

Wo sind die weißen Berge?

Krohne: Frau Bergman, Sie sind als Dorothee Kalkopf 1930 im Osten des damaligen Deutschen Reiches geboren worden, in Oberschlesien. Aus welchem Grund und wann sind Sie in das Konzentrationslager Bergen-Belsen gekommen?

Bergman: Meine beiden Schwestern und ich lebten in Bedzin bei Kattowitz in einem jüdischen Waisenhaus. Nach Kriegsbeginn mussten wir erst ins Ghetto, dann nach Balkenhain und Landeshut arbeiten und 1943 wurden wir als Zwangsarbeiterinnen in eine Spinnerei nach Grünberg gebracht. Das heißt heute Zielona Gora und ist in Polen. Der Grund war ja ganz einfach, dass wir Juden waren, ich hatte aber darüber noch nie nachgedacht vorher. Von Grünberg aus hat man uns im Dezember 1944 auf einen Marsch zu Fuß weggeschickt. Wir wussten nicht, wo es hingeht. Es waren etwa 1000 Zwangsarbeiterinnen, die aber für den Marsch geteilt wurden. Die letzten drei Tage des Marsches sind wir im Waggon gefahren, da waren wir aber schon keine 500 mehr.

Krohne: Die Alliierten rückten schon Ende 1944 immer weiter Richtung Reichsgebiet vor. Man nennt diese Märsche, weg von der heranrückenden Front quer durch das Deutsche Reich, auch „Todesmärsche“. Ist diese Bezeichnung übertrieben oder zutreffend?

Bergman: Von den etwa 500, die losmarschiert sind, ist nach etwa drei Wochen Marsch in Bergen-Belsen nur ungefähr die Hälfte angekommen im Januar 1945. Als das Lager am 15. April 1945 befreit wurde, waren von uns nur noch 33 am Leben. Zu den Überlebenden gehörten auch meine beiden Schwestern, das ist ein Wunder. Es waren Todesmärsche ins Todeslager. Ich war 14 Jahre damals, die mittlere Schwester drei Jahre älter und die älteste Schwester acht Jahre älter.

Krohne: Wie muss man sich Ihr Leben im Lager vorstellen?

Bergman: Ich wurde von meinen Schwestern getrennt, hatte aber großes Glück. Ich kam in die Schälküche. In der Schälküche wurden den ganzen Tag von morgens bis abends Kartoffeln geschält für die Gefangenen. Es gab Wasser, sogar eine Dusche. Man kann Kartoffeln auch roh essen, wenn es sein muss. Da hatte man schon mal etwas zu essen. Sonst gab es ja nur ganz wenig Brot, eine dünne Suppe, Ersatzkaffee. Und natürlich wurde die Versorgung zum Schluss immer weniger und ganz am Schluss gab es gar nichts mehr. Mein Befreiungsgewicht war 15 Kilogramm. Ich mag bis heute keine Kartoffeln mit Schale, also auch nicht die jungen Kartoffeln. Kartoffeln mit Schale kann ich nicht ertragen.

Krohne: 15 oder 50 Kilo?

Bergman: Nein, 15.

Krohne: Gibt es Erlebnisse aus der Zeit des Todesmarsches oder im Lager, die Ihnen besonders in Erinnerung geblieben sind?

Vielleicht sogar schöne Momente? Das ist vielleicht eine ungewöhnliche Frage, aber ich möchte sie stellen.

Bergman: Ja, zum Beispiel auf dem Todesmarsch. Da ging ich fast immer hinten, weil ich ja da schon schwach war. Wir sind da von älteren Wehrmachtsoldaten begleitet worden, nicht SS. Einer kam von hinten mit dem Gewehr. Da hatte ich Todesangst. Aber er hat mich mit dem Gewehr geschoben, nicht gestoßen oder bedroht. Er wollte, dass ich weitergehe. Er hat einmal ganz viel Milch gebracht und gesagt: „Nur für die Kleine“. Da war ich glücklich. Dann war er aber weg. Im Lager selbst war eine ältere Russin, die war wie eine Mutter. Hat mir die Haare gekämmt und ein rotes Band hineingemacht. Sie sagte „meine Schönheit“ (moya krasivaya) zu mir. Ein anderer Russe hat mir aber meinen Mantel gestohlen und die Tasche mit allen Bildern meiner Familie. Ich habe ihn gezogen und dabei hat mir heißer Kaffee die Hand verbrüht. Das war ganz schlimm. Denn ohne gesunde Hände kann man nicht Kartoffeln schälen. Es ist aber gut gegangen. Ohne gesunde Hände wäre ich aus der Schälküche herausgekommen und hätte nicht überleben können, auch nicht ohne Mantel im Winter draußen.

Krohne: Aber der Mantel war doch gestohlen, wie hat man dann den Winter überlebt?

Bergman: Ein Mantel kostete 7 Portionen Brot. Das musste man sich absparen. Dann konnte man mit der Kleiderkammer Brot gegen Mantel tauschen. Das war natürlich verboten, aber ein Mantel war wichtig. Na-

türlich musste man hungern dafür, aber man hungerte sowieso. Es war ein Spiel mit dem Tod. Frieren ist Energieverbrauch. Nur Essen genügt nicht. Ich hatte ja dann auch keinen Platz mehr in der Pritsche, sondern habe auf dem nackten Boden geschlafen. Wenn ich morgens aufwachte, lagen immer Tote neben mir.

Krohne: Wie haben Sie den 15. April 1945 erlebt, den Tag der Befreiung?

Bergman: An diesem Tag lag ich mit den Schwestern im Revier. Das war der Name für die Krankenstation. Ein polnischer Zahnarzt hatte das arrangiert. Eine Schwester war ja auf dem Appellplatz umgefallen. Ich habe den Namen des polnischen Zahnarztes leider vergessen. Ich weiß auch nicht, ob er überlebt hat. Ich wurde vorher auch entlaust, ich hatte so viele Läuse, dass nach dem Kämmen der Boden schwarz war. Im Revier konnten wir liegen und dämmerten vor uns hin. Wir waren eigentlich fast tot. Dann kamen zwei Männer in britischen Uniformen in das Revier, die aber Polen waren und polnisch sprachen. Es gab ja Polen, die mit den Engländern gekämpft haben. Er sagte zu mir: „Wenn du etwas brauchst, sag es uns. Wir sind da.“ Eine Schwester flüsterte: „Dorta, wir sind befreit.“ Ich hatte einen Schock, ich glaubte es nicht. Ich dachte zuerst, das ist ein Nazitrick. Ich hatte jeden Tag geglaubt, dass ich morgen tot sein würde.

Wir versuchten dann, mit den anderen aus dem Revier zu gehen. Wir sind aber mehr gewankt als gelaufen. Draußen konnte man

überhaupt nicht laufen, so viele tote Menschen lagen herum. Wir sind dann gekrochen. An der Latrine war es gefährlich, man konnte hineinrutschen. Dann wäre man nicht mehr herausgekommen. Die Latrine bestand ja nur aus einem schmalen Balken, fast schon eine Stange, und darunter der Graben, der nicht mehr geleert wurde. Und da lagen auch die Leichen. Wenn wir auf dem schmalen Balken saßen, haben wir uns abwechselnd gegenseitig festgehalten. So viel Angst hatten wir, da hineinzufallen. Wir waren ja auch sehr schwach. So war man stärker, wenn einer schwach wurde. Die Engländer haben später alles versucht, Gefäße für alle auf dem Gelände aufgestellt. Es waren ja Seuchen im Lager, Typhus vor allem. Da hat man starken Durchfall und so sah es überall auch aus.

Krohne: Und wie ging es weiter? Gab es dennoch so etwas wie ein Glücksgefühl? Ein Gefühl: Das ist jetzt die Befreiung, ein neues Leben beginnt.

Bergman: Nein, nein, es war ganz unwirklich, kein Glücksgefühl. Die Engländer brachten mich dann irgendwann in meine Baracke zurück und ich hatte dann eine eigene Pritsche für mich allein. Das war schön. Und die Soldaten der British Army kamen dann später und brachten Kekse, Corned Beef, Tee, Schokolade, Seife. Ich habe fast nichts verbraucht davon, ich habe alles versteckt zuerst. Ich konnte lange nicht gehen. Von der Pritsche aus sah ich aus dem Fenster, wie sie die Leichenberge begraben haben. Und dann wurden wir eines Tages in ein provisorisches Krankenhaus bei Ber-

gen gebracht. Ich habe aus dem Autobus, ich glaube, es war ein Autobus, die Baracken des Lagers brennen sehen. Das musste man machen wegen der Seuchen, deshalb gibt es heute keine alten Baracken mehr in Bergen-Belsen, die hat man schon gleich 1945 verbrannt.

Dieses provisorische Krankenhaus war in einer Art Villa oder Schloss untergebracht, mit Balkonen und Park. Es hieß, das sei Himmlers Sommerresidenz. Ich weiß nicht, ob es Himmlers Sommerresidenz war, aber es kam uns so vor. Dorthin ist dann das schwedische Rote Kreuz gekommen. Meine Schwestern wollten nach Polen zurück. Da sagte uns ein Major George Klein: „Was wollen Sie denn in Polen? Meinen Sie, Sie können einen Schlüssel nehmen und in eine Wohnung gehen? Es ist doch fast alles zerstört.“ Da haben wir doch versucht, nach Schweden zu kommen. Da sind wir dann schon im Juli 1945 nach Schweden gebracht worden und konnten wirklich ein neues Leben beginnen. Die meisten anderen Befreiten ohne Heimat blieben ja noch dort, „Displaced Persons“ nannten die Engländer das. In Schweden gingen wir in Vikingshill bei Stockholm zur Schule in ein Internat, denn wir konnten ja vorher nie richtig zur Schule gehen. Wir lernten aber erst gar kein Schwedisch, sondern hatten polnische Lehrer, ebenfalls aus Konzentrationslagern. Erst als Polen kommunistisch wurde, durften wir endgültig in Schweden bleiben. Ich habe Schweden mein Leben zu verdanken und Großbritannien meine Rettung und das Überleben. Es sind ja noch 14.000

gestorben nach der Befreiung, die hat man nicht mehr retten können.

Krohne: Frau Bergman, wir sind jetzt hier 70 Jahre später 2015 in einem Hotel in Celle. Sie sind erstmals nach langen 70 Jahren hier an den Ort Ihres Leidens und Ihrer Befreiung zurückgekehrt. Heute waren wir bei der Gedenkfeier in Bergen-Belsen dabei und die Eindrücke sind noch frisch. Wie sind Ihre Eindrücke und Gefühle heute?

Bergman: Was mir am meisten weh tut ist, dass ich nicht schon früher gekommen bin. Mein Name ist ja Dorothee Kalkopf, ich kenne natürlich auch die deutsche Sprache aus meiner Kindheit. Die Sprache kommt zurück. Ich habe in Schweden geheiratet, ich habe drei Kinder, fünf Enkel und schon zwei Urenkel. Ich habe auch einmal Kofi Annan getroffen, als in Schweden eine Gedenkfeier zum 100. Geburtstag von Raoul Wallenberg war. Mein Name auf schwedisch ist Dorothy Bergman. Ich war zuletzt krank, sogar im Krankenhaus, habe wenig gegessen. Dann habe ich von Judith aus der jüdischen Gemeinde gehört, dass es eine Einladung nach Bergen-Belsen gibt zur Gedenkfeier. Ich habe beschlossen hinzufahren. Meine Kinder hatten Angst und wollten mich nicht weglassen. Meine Freundin Judith hat mir zugeredet und nun sind wir beide hier. Ich bin Judith sehr dankbar.

Ich hatte geglaubt, ich würde sehr unglücklich sein hier, aber es war nicht so. Es war ganz anders. Als wir auf das Gelände gefahren sind, kam ein Bild in mir hoch und ich habe mich gefragt: „Wo sind die weißen

Berge?“ Die Leichenberge mit den nackten Menschen waren so hoch, dass sie von weitem wie weiße Berge aussahen. Aber dann habe ich die Realität gesehen, es ist ja flach, es ist ja Heidelandschaft. Es geht mir sehr gut, ich habe gegessen, ich fühle mich gesund. Ich bin nicht früher gekommen, weil ich immer Angst hatte vor Deutschland. Viele sagen bis zu ihrem Lebensende: Nie wieder Deutschland. Heute haben wir sogar gelacht im Bus. Die Betreuung gerade auch von Ihrer Frau Doreen und den anderen Helfern aus der Gedenkstätte ist wunderbar. Die Rede vom Präsidenten war schön. Die Deutschen sind heute ganz anders als damals. Das war eine gute Erfahrung, es ist wie eine Art zweite Befreiung für mich.

Krohne: Frau Bergman, ich danke Ihnen sehr für dieses Interview. Abschließend eine Frage, die ich stellvertretend für junge Menschen stellen möchte. Möglicherweise ist sie nicht so einfach zu beantworten. Gibt es etwas, dass Sie als eine Art Vermächtnis oder Botschaft jungen Menschen sagen möchten?

Bergman: (lange Pause). Junge Menschen sollen selbst denken und wenn sie spüren, etwas ist moralisch nicht richtig, was man von ihnen verlangt, dann sollen sie es nicht tun.

Hintergrund:

In der kurzen Zeit zwischen Januar und April 1945 starben mehr als 35.000 Menschen im Lager Bergen-Belsen. Darunter war auch Anne Frank. Bergen-Belsen war Ziel einiger Todesmärsche aus anderen Konzentrationslagern, denn es lag in ei-

nem Teil Deutschlands, der erst kurz vor Kriegsende befreit werden konnte. Bis zu 14.000 Menschen starben zusätzlich noch nach der Befreiung. Insgesamt hat es im Lagerkomplex Bergen-Belsen über 70.000 Tote gegeben, von denen etwa 20.000 sowjetische Kriegsgefangene waren. Das unter der Leitung der Wehrmacht vom KZ-Gelände getrennt geführte Kriegsgefangenenlager wurde im Januar 1945 aufgelöst. Nach der Befreiung lebten viele heimatlose Gefangene, überwiegend Menschen jüdischen Glaubens, als „Displaced Persons“ in ehemaligen Kasernengebäuden in unmittelbarer Nähe des ehemaligen Konzentrationslagers. Während der Zeit vor der Übersiedlung in die neue Heimat Israel wurden eine Vielzahl von Kindern geboren, sodass eine Reihe von Israelis in ihrem Pass als Geburtsort stehen hatten bzw. haben: Bergen-Belsen/Deutschland. Als symbolischer Ort gilt Bergen-Belsen deshalb auch als Geburtsstätte neuen jüdischen Lebens und neuer Hoffnung nach der Befreiung durch die Engländer. Das Gelände kann besichtigt werden, Informationsstelen erleichtern die Orientierung. 2007 wurde ein großzügig angelegtes Dokumentationszentrum eröffnet, dessen Besuch besonders lohnend ist.

Über den Autor

Helmut Krohne, Studiendirektor a.D. (Schulbuch-)Autor, Verband deutscher Schriftsteller (VS), ehrenamtliche Mitarbeit im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge.

Veröffentlichungen nur mit Genehmigung des Autors. Kontakt: helkroh@gmail.com

Nach dem Untergang – Die ersten Zeugnisse der Shoah in Polen 1944-1947

Von Anne Lepper

Die Berichte der Zentralen Jüdischen Historischen Kommission

Im Sommer 1944, kurz nachdem die Rote Armee Lublin und das nahe Konzentrationslager Majdanek befreit hatte, fanden sich in der Stadt einige jüdische Intellektuelle zusammen mit dem Ziel, die geschehenen Verbrechen zu dokumentieren und öffentlich zu machen. Sie entschieden sich deshalb zur Gründung der Zentralen Jüdischen Historischen Kommission, die am 29. August 1944 zum ersten Mal offiziell in Lublin tagte. Die Mitglieder der Kommission – darunter zahlreiche ausgebildete Historiker/innen, die selbst den Holocaust in nationalsozialistischen Ghettos und Lagern oder im Versteck überlebt hatten – sahen es als ihre Aufgabe, die Zeugnisse und Erinnerungen der Überlebenden aufzunehmen, das Erzählte wissenschaftlich zu erfassen und so so frühzeitig und umfassend wie möglich Beweise für den Massenmord an den europäischen Juden zu sichern. In diesem Ansinnen produzierte die Kommission in der Zeit ihres Bestehens 39 Publikationen in Form von Büchern und Broschüren, in denen die Berichte und Erinnerungen zahlreicher Überlebender des Holocaust sowie verschiedene wissenschaftliche Dokumentationen und historiografische Abhandlungen in jiddischer und polnischer Sprache abgedruckt sind. 1947, drei Jahre

nach ihrer Gründung, ging die Kommission schließlich in dem noch heute existierenden Jüdischen Historischen Institut auf.

Der vorliegende Band, der 2014 von Frank Beer, Wolfgang Benz und Barbara Distel publiziert wurde, zeigt erstmalig einen Teil der durch die Kommission veröffentlichten Arbeiten in deutscher Übersetzung. Die Auswahl der Texte durch die Herausgeber ermöglicht dabei einen breiten Einblick in die Strukturen des nationalsozialistischen Terror systems. Neben verschiedenen Darstellungen, die die umfassende Zerstörung des jüdischen Lebens in den polnischen Städten und Dörfern beschreiben, geben einige Berichte einen Überblick über die nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungsstrukturen in den Ghettos und den Konzentrations- und Zwangsarbeitslagern des „Generalgouvernements“ und des im Baltikum errichteten Reichskommissariats Ostland. Schließlich erläutern mehrere Zeugnisaussagen und die Darstellung der Historikerin Rachel Auerbach die Vorgänge in den Vernichtungslagern, Letztere anhand ihres ergreifenden Berichtes über eine im November 1945 durchgeführte Inspektionsreise mit dem Titel „Auf den Feldern von Treblinka“.

Die Mitarbeiter/innen der Kommission

Neben Rachel Auerbach gehörten der Kommission bereits kurz nach ihrer Gründung mehr als hundert Mitarbeiter/innen in ganz Polen an. Auf der Führungsebene bestand das Komitee jedoch lediglich

aus einigen wenigen umtriebigen Personen, die auch nach der Einstellung der Arbeit der Kommission im Jahr 1947 unermüdlich weiter für eine gesellschaftliche und justizielle Aufarbeitung des Holocaust und für die Erinnerung an die Millionen jüdischer Opfer kämpften. Als Direktor fungierte zwischen 1944 und 1946 der im galizischen Lemberg geborene Historiker Filip Friedman, der später in leitender Funktion für die jüdische Hilfsorganisation American Joint Distribution Committee tätig war und an der New Yorker Columbia University lehrte. Seine offiziellen Vertreter waren der Philosoph und Literaturwissenschaftler Nachman Blumental, sowie der Schriftsteller, Historiker und Literaturkritiker Michal Maksymilian Borwicz. Letzterer ging nach Abschluss seiner Arbeit für die Kommission 1947 gemeinsam mit deren Schatzmeister, dem in Chemnitz geborenen Józef Wulf, nach Paris, wo sie gemeinsam das „Centre pour l'Histoire des Juifs Polonais“ gründeten. Wulf verließ Frankreich allerdings bereits wenige Jahre später wieder um nach Berlin zu gehen und dort für die Errichtung einer internationalen Holocaust-Dokumentationsstätte in dem Haus, in dem einst die Wannseekonferenz stattgefunden hatte, zu kämpfen. Von der westdeutschen Gesellschaft und ihren Historikern jedoch gleichermaßen nahezu vollständig ignoriert und missachtet, nahm sich Wulf 1974 resigniert das Leben. Erst 1991, siebzehn Jahre nach seinem Tod, erfuhr seine Arbeit durch die Eröffnung der Gedenkstätte in der Villa am großen Wannsee und die Benennung der

hauseigenen Mediothek nach ihm eine späte Würdigung. Ähnlich bemühte sich auch der Generalsekretär der Kommission, Józef Kermisz, nach Abschluss seiner Tätigkeiten für die Kommission in Polen um den Aufbau von Strukturen und Institutionen zur Erforschung des Holocaust und der Erinnerung daran. Anders als Wulf blieb Kermisz jedoch nicht in Europa, sondern emigrierte 1950 nach Israel, wo er viele Jahre als Archiv-Leiter der Gedenkstätte Yad Vashem fungierte.

Erinnern in Doppelfunktion: Wissenschaftler/innen und Überlebende zugleich

Bei allen Mitarbeiter/innen der Kommission handelte es sich um Menschen, die einerseits aufgrund ihrer Professionen ein wissenschaftliches Interesse an der Aufarbeitung des Geschehenen hatten, jedoch andererseits selbst die Jahre der deutschen Besatzung, der Verfolgung und Vernichtung, nur durch Glück und im Schatten zahlreicher traumatischer Erfahrungen überlebt hatten.

Der Doppelrolle, die den Historiker/innen aufgrund dessen im Kontext ihrer Arbeit für das Komitee zukam, waren sie sich dabei durchaus bewusst. Ihr Ziel war es, sich trotz der mit der eigenen Verfolgungsgeschichte und dem Verlust zahlreicher Angehöriger und Freunde verbundenen Emotionen einen reflektierten und wissenschaftlichen Blick zu bewahren, ohne dabei jedoch die eigenen Erfahrungen und Erlebnisse zu verdrängen. Dass dies nicht immer einfach

war, zeigt der Epilog am Ende des Berichtes von Szymon Datner über die Zerstörung des Ghettos Bialystok (161). Die hasserfüllten Zeilen sind gezeichnet von dem Schmerz und der Verzweiflung des Autors über den Verlust seiner Familie, seiner Freunde und seiner Heimat. Dass die Worte, die im Kontext des Geschehenen nur nachvollziehbar erscheinen, innerhalb der Kommission als umstritten galten, zeigt, mit welcher Schonungslosigkeit sich die Wissenschaftler/innen dabei selbst begegneten. Ihr Ziel war es, zu dokumentieren und zu belegen, ohne dabei analysierend, formend oder wertend in Erscheinung zu treten. So schrieb Bluma Wasser, Mitarbeiterin der Kommission und zuständig für die Niederschrift zahlreicher Zeugenaussagen, im Jahr 1946 über ihre Arbeit: „Das Aufnehmen von Zeugenaussagen birgt in sich große Gefahren. Manchmal erlaubt sich der Erzähler, die Fakten zu korrigieren. Manchmal macht es der Schreiber, der Wirkung wegen. Ich habe alles getan, das zu vermeiden.“ (359)

Neben der Schwierigkeit, als Interviewer/in selbst hinter den Narrativen der Zeitzeugen zurückzutreten, führte auch das aufgrund des zeitlichen Kontextes nur sehr lückenhaft vorhandene Faktengerüst die Historiker/innen immer wieder an die Grenzen des Rekonstruierbaren. Dennoch, darin waren sich die Mitarbeiter/innen einig, blieb ihnen keine Zeit, mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung und Veröffentlichung zu warten, bis weitere Erkenntnisse Unklarheiten erhellen konnten. So schrieb der Direktor der Kommission, Filip Friedman, bereits

im Dezember 1945: „Uns ist bewusst, dass uns nicht alle Berichte und Publikationen, insbesondere die im Ausland veröffentlichten, bekannt sind. [...] Wir wissen auch, dass unser Literaturverzeichnis nach diesem Stand der Dinge schwerwiegende Lücken enthalten muss. Trotz allem sind wir der Meinung, dass man mit der Darstellung dieses Themas nicht warten kann, bis – möglicherweise erst in vielen Jahren – die Zahl der Quellen für eine vollständige, wissenschaftlich exakte Beschreibung der Tragödie [...] ausreicht. Das Gebot der Stunde erfordert schon heute – aus Gründen, die schwerer wiegen als jede wissenschaftliche Genauigkeit – eine zusammenfassende Darstellung der [...] Ereignisse. Das durch die Ungeheuerlichkeit der Verbrechen erschütterte Gewissen der Menschheit verlangt danach ebenso wie das Gebot der Stunde, besonders jetzt, wo die Täter vor dem Tribunal der freien Nationen der Welt stehen, um ihre wohlverdiente Strafe zu erhalten.“ (32)

Anders als von Friedman und seinen Mitstreiter/innen erhofft, entkamen zahlreiche Täter/innen in den folgenden Jahren und Jahrzehnten einer juristischen Strafverfolgung. Nichtsdestoweniger muss die Arbeit der Kommission im Lichte der Zeit als bemerkenswerter und einzigartiger Beitrag zur Erforschung der nationalsozialistischen Verbrechen betrachtet werden. Umso unglaublicher erscheint es, dass erst heute, über siebzig Jahre nach der Einstellung ihrer Arbeit, eine Auswahl der von der Kommission publizierten Texte in deutscher Sprache erschienen ist. Es bleibt

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Fachbuch

daher zu hoffen, dass die frühen Berichte der Überlebenden, die 1945 als Kernelemente einer „moralischen Mission des Erinnerns“ (168) verstanden wurden, ihren Platz im kulturellen Gedächtnis der Bundesrepublik finden.

Literatur

Frank Beer, Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.):
Nach dem Untergang. Die ersten Zeugnisse der Shoah in Polen 1944-1947. Berichte der Zentralen Jüdischen Historischen Kommission. Metropol Verlag & Verlag Dachauer Hefte, Dachau/Berlin 2014.

Gedenkstätten Pädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen

Von Gerit-Jan Stecker

Vor 20 Jahren erschienen die ersten Bände, die versucht haben, das Feld der Bildungsarbeit in deutschen Gedenkstätten einzugrenzen. Wie schwierig sich diese Selbstverständigung bis heute gestaltet, zeigt der vorliegende Band, herausgegeben Elke Gryglewski, Verena Haug, Gottfried Köbler, Thomas Lutz und Christa Schikorra im Auftrag der AG Gedenkstättenpädagogik. Sein Titel spannt einen Bogen zwischen „Gedenkstätten“ und „Pädagogik“. Von einer feststehenden Gedenkstättenpädagogik zu sprechen erlauben sich die Herausgeber/innen nicht. Dafür sind die Bedingungen für die tägliche Bildungspraxis noch immer zu divers, seien es Finanzierung oder Besucherzahlen, seien es Erwartungen, die etwa politische Akteure an die Gedenkstättenarbeit knüpfen oder die eigenen pädagogischen Zielsetzungen. Zugleich unterliegen vor allem die Institutionalisierung und die erinnerungspolitische Rolle von Gedenkstätten weit reichenden Wandlungen, und das in vergleichsweise kurzer Zeit. Weitere kommen auf sie zu.

Vom Rahmen der Gedenkstättenpädagogik zur Praxis

Um seinen Anspruch zu verfolgen, sowohl kritische Einführung und Überblick als auch Handreichung zu sein, ordnet der Band „Gedenkstätten Pädagogik“ diese komplexe

Ausgangslage anhand von 23 Beiträgen, durchweg von nachweislichen Fachleuten verfasst. Dem voran stellt – anstatt eines Vorwortes – ein moderiertes Gespräch zwischen den Herausgebenden klar, dass es sich dabei notwendig um einen Selbstverständigungsprozess über Gedenkstätten und Pädagogik handelt.

Eingeteilt sind die Beiträge in drei Kapitel: Das erste zeichnet „Rahmen und Perspektiven“ anhand einiger Eckpunkte. Als Ausgangspunkt dieser Rahmung dient die Wandlung der NS-Gedenkstätten von stark marginalisierten erinnerungspolitischen Initiativen, die mühsam gegen breite gesellschaftliche und politische Widerstände erkämpft werden mussten, hin zu einer staatlichen Gedenkstättenkonzeption, in der Aufarbeitung der NS-Verbrechen und Anerkennung ihrer Opfer eine klar die Bundesrepublik legitimierende Funktion haben. Weiter wird das Verhältnis zur Hauptzielgruppe Schulklassen beschrieben, das in Ergänzung zur schulischen Bildung besteht und in den Bundesländern zum Teil kein Vorwissen zum Nationalsozialismus voraussetzen kann. Es geht um Unterschiede und Schnittmengen zu Museen als ähnlich arbeitende Institutionen; die Rolle von internationalen Perspektiven auf der einen und der Bundeszentrale für politische Bildung auf der anderen Seite; schließlich geht es um die grundsätzliche Frage, welche Qualitätsmerkmale für gedenkstättenpädagogisches Handeln sich überhaupt sinnvoll standardisieren lassen.

Die anderen beiden Kapitel schreiten vom Allgemeinen weiter zum Besonderen. Das zweite reflektiert Kernelemente der pädagogischen Arbeit in Gedenkstätten als „Stärken und Herausforderungen“: Was bedeutet „Gedenken als pädagogische Aufgabe“? Es hieße – in Anlehnung an Walter Benjamins Begriff des Eingedenkens – primär die Ursachen, die zur Katastrophe geführt haben zu betrachten. Sie darf die zu erinnernde Geschichte als „nicht als negative Projektionsfläche einer vorgängig schon positiv gedeuteten Gegenwart“ benutzen, beispielsweise eine deutsche Erfolgsgeschichte von anfänglichen Schwierigkeiten in der Aufarbeitung hin zum gegenwärtigen Erinnerungsweltmeister und -exporteur. Dass historische Wissensvermittlung und politische Bildung unterschiedliche Ziele haben, die in Gedenkstätten vereinbart werden müssen, erläutert ein weiterer Beitrag. Die Spannung liegt dabei im Verhältnis von Kompetenzbildung, v. a. in historisch informierter Urteilskraft und der Herausbildung von Haltungen und Verhaltensweisen.

Jugendliche, Lehrkräfte und der Pädagog/innen müssen ihrer Erwartungen und Ansprüche an den Besuch einer Gedenkstätte jedenfalls prinzipiell aushandeln. Unhintergebar ist für alle Jugendgruppen, dass ihre Bezugnahme auf die NS-Thematik äußerst heterogen ist, sei es durch die eigene Familiengeschichte oder durch die Einrichtung von Gesamtschulen. Gleichzeitig wird Gedenkstättenarbeit auch in Zukunft meist vor allem regionale Bedeutung haben.

Im dritten Kapitel folgen „Zugänge und Methodik“ aus der Praxis. Die zentrale Rolle der „Zeugenschaft für die Bildungsarbeit“ entspringt aus ihrer persönlichen Erfahrung, die zugleich für die gesamte Geschichte spricht. Wenn direkte Gespräche mit den Zeitzeugen in absehbarer Zeit nicht mehr möglich sind, seien zehn Prämissen bei medialen bzw. digitalen Aufzeichnungen der Zeugnisse zu beachten. Der Einsatz digitaler Medien eröffnet praktische Möglichkeiten auch in Bezug auf die historischen Orte des Gedenkens. Daneben können kunst- bzw. museumspädagogische Methoden Jugendlichen helfen, individuelle Positionen zur Geschichte des Ortes zu entwickeln. Persönliche Bezüge zwischen Geschichte und Gegenwart entstehen zudem über die Thematisierung von Berufs- und Familiengeschichten der Besucher/innen. Spannend illustriert schließlich der letzte Beitrag die hohe fachliche Kompetenz, die von Gedenkstättenpädagog/innen gefordert ist, der auf den Umgang mit NS-Vergleichen eingeht. Die Herausforderung hier besteht vor allem darin, die Motivation solcher Vergleiche herauszuarbeiten - etwa der Versuch, einen Bezug zum jugendlichen Vorwissen herzustellen, „Geschichtsbedürfnisse“ der Jugendlichen zu kennen (vgl. auch Wolfgang Meseths Beitrag) - und nicht pauschal als Holocaustrelativierung oder ähnliches zu verurteilen. Es kann aber auch bedeuten, sich gegenüber antisemitischen Äußerungen klar positionieren zu müssen.

Fazit

Dieser Band liefert einen weitreichenden Überblick zum Stand der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen an deutschen Gedenkstätten. Es wird klar, dass diese weder ein am messbaren Output orientiertes classroom management leisten kann – und soll. Noch kann sie die „Wirkungshoffnung“ (Verena Haug in diesem Band) erfüllen, dass die Vermittlung von historischen Fakten am authentischen Ort bestimmte Haltungen und Werturteile besonders in Bezug auf Demokratie, Menschenrechte und Rechtsextremismus generiert. Gedenkstättenpädagogik schafft vielmehr offene Lehr-Lernsituationen, in denen Form und Inhalt von Gedenken an NS-Verbrechen sowie die Konstruktion historischer Erzählungen überhaupt zum Thema werden kann. So kann die Bedeutung von Geschichte in der Gegenwart zugänglich werden. Im besten Fall wird dabei der Blick für das Inhumane geschärft, die Fragilität einer halbwegs zivilisierten Gesellschaft deutlich und individuelle Handlungsmöglichkeiten in geschichtlichen Situationen reflektiert.

Sicherlich ließe sich der ein oder andere Aspekt vertiefen, etwa wäre eine Außenperspektive von internationalen Kolleg/innen spannend gewesen. Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen findet nicht nur in Deutschland statt. In diesem Zusammenhang wäre vielleicht kleiner Abschnitt für ein breiteres Publikum hilfreich, der auf die Frage eingeht, warum sich Gedenkstättenpädagogik in Deutschland auch in Zukunft vor allem als

Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen gefasst wird.

Das ändert jedoch nichts daran, dass dieser Band die eigenen Ansprüche mehr als erfüllt: Er bietet tatsächlich eine umfassende und gut strukturierte Einführung in Aufgaben, Herausforderungen und Tendenzen der Bildungsarbeit an Gedenkstätten und zahlreiche methodisch-didaktische Anregungen – vor allem aber bindet „Gedenkstätten Pädagogik“ diese Beiträge an wissenschaftliche Auseinandersetzungen auf hohem selbstkritischen Reflexionsniveau. Und ragt gerade deswegen heraus.

Literatur

Elke Gryglewski, Verena Haug, Gottfried Köbler, Thomas Lutz und Christa Schikorra im Auftrag der AG Gedenkstättenpädagogik (Hrsg.): Gedenkstätten Pädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen, Metropol Verlag, Berlin 2015

Barbara Thimm, Gottfried Köbler, Susanne Ulrich (Hrsg.): Verunsichernde Orte. Selbstverständnis und Weiterbildung in der Gedenkstättenpädagogik, Brandes und Apsel Verlag, Frankfurt/Main, 2010

Annegret Ehmann u.a. (Hrsg.), Praxis der Gedenkstättenpädagogik. Erfahrungen und Perspektiven, Leske und Budrich, Opladen 199

Ende/Anfang – Perspektiven auf 1945

Von Anne Lepper

Das Jahr 1945, soviel ist sicher, kann auf sehr unterschiedliche Arten gelesen und gedeutet werden. Doch ob Anfang oder Ende, Befreiung oder Zusammenbruch, Kapitulation oder Sieg, Apokalypse oder Stunde Null – der Blick auf 1945 impliziert heute unweigerlich eine historische Zäsur, deren in der Geschichte einzigartige Schlagkraft das kollektive Kontinuitätsempfinden nachhaltig beeinträchtigt hat. Das Hamburger Institut für Sozialforschung hat zwischen März und Juli 2015 dem historischen Brenn- und Wendepunkt eine eigene Vortragsreihe gewidmet, in der verschiedene Historiker/innen des Instituts sehr unterschiedliche Perspektiven auf das Jahr, seine Ereignisse und deren historiografische, gesellschaftliche und politische Rezeption eröffneten. Ein Großteil der Vorträge kann nun auf der Homepage des Instituts als Audiomitschnitt angehört werden.

Die Multivalenz von 1945

Nicht allein durch die thematische Vielseitigkeit ermöglichten die verschiedenen Vorträge der Reihe einen überaus vielschichtigen Blick auf das Jahr 1945. Auch durch die Hinführung an die jeweiligen Themen mittels sehr unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen wurde jene Multiperspektivität geschaffen, der die Komplexität des Themas bedarf. Den Beginn der Veranstaltungsreihe bildete der Vortrag des Institutsleiters Jan Philipp Reemtsma,

der im Gespräch mit der Historikerin Dr. Ulrike Jureit einen literaturwissenschaftlichen Zugang zu dem Thema ermöglichte. Dabei befasste er sich mit verschiedenen literarischen Werken, deren Deutungsangebote in Bezug auf 1945 sehr unterschiedliche Auffassungen und Interpretationen widerspiegeln. Im zweiten Vortrag widmete sich der Historiker Dr. Tim Müller der Frage nach der Einordnung der Zäsur 1945 im Rahmen einer Demokratiegeschichte der Moderne.

Dass im Kontext von 1945 nicht nur die Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschlands und das Ende des zweiten Weltkriegs in Europa als Wegmarken der Geschichte gesehen werden müssen, zeigte Dr. Claudia Kemper in ihrem Vortrag „Little Boy und Fat Man verändern die Welt“. Little Boy und Fat Man, die beiden Atombomben, deren Abwurf in Hiroshima und Nagasaki im August 1945 auch im Pazifik das Ende des Zweiten Weltkriegs markierten, formierten gleichzeitig die militärische Ausgangskonstellation für den Kalten Krieg und eröffneten ein gesellschaftliches Nachdenken über den Zusammenhang zwischen ziviler Moral und gewalttätigem Handeln. Dr. Klaas Voß erörterte in seinem Vortrag über die Veteranenpolitik der verschiedenen, am Krieg beteiligten Staaten, wie das Projekt der Reintegration der heimkehrenden Soldaten die Grundpfeiler für die Entstehung moderner Sozialstaaten schuf. Und Dr. Ulrike Jureit zeigte schließlich in ihrem abschließenden Vortrag „Vom Ordnen der Zeit. 1945 als historische Zäsur“

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Web

inwieweit Zäsuren im Allgemeinen und 1945 im Besonderen das kollektive Geschichtsverständnis beeinflussen und eine gefühlte Periodisierung von Geschichte herbeiführen.

Implementierung in den Unterricht

Die im Rahmen der Hamburger Instituts Montage durchgeführte Reihe „Anfang/Ende – Perspektiven auf 1945“ ebnet durch ihre zahlreichen Blickwinkel und Narrative den Weg zu einer differenzierten und reflektierten Wahrnehmung der Zäsur 1945, dem Davor und vor allem dem Danach. Die Audiomittschnitte der Vorträge bieten daher auch eine sinnvolle Möglichkeit, die Multiperspektivität und Mehrdimensionalität unterschiedlicher Deutungsmuster von Geschichte im Allgemeinen und die Instrumentalisierung von Geschichte als retrospektive Erklärungs- und Rechtfertigungskategorien im Unterricht zu thematisieren.

Night will fall – Ein Lehrfilm für die Deutschen

Von Anne Lepper

Als die Alliierten Truppen am Ende des zweiten Weltkriegs von verschiedenen Seiten in den deutschen Machtbereich eindrangten, ahnten wohl wenige, was sie dort zu sehen bekommen würden. Zwar war im Frühjahr 1945 bereits Einiges über die nationalsozialistischen Lager und die dort angewendeten Methoden bekannt – im Übrigen weit mehr, als später vielerorts behauptet wurde, doch trafen die Bilder, die die Alliierten in den gerade befreiten Lagern zu Gesicht bekamen, die Soldaten völlig unvorbereitet. Leichenberge, ausgemergelte Körper, rauchende Krematorien, katastrophale hygienische Bedingungen und um sich greifende Seuchen, all das wirkte auf die jungen Männer, die die Lager als erste betraten, in höchstem Maße verstörend. Um das, was sie sahen und selbst nur mit Mühe begreifen konnten, zu dokumentieren, entsendeten die alliierten Streitkräfte Kamerateams, welche die Truppen auf ihrem Zug durch das besiegte Deutschland und in die Lager begleiteten sollten.

„German Concentration Camps Factual Survey“

Das Material, dass die verschiedenen Filmteams dabei produzierten, sollte – so wollte es eine Kooperationsvereinbarung zwischen Großbritannien und den USA – zu einem Dokumentarfilm verarbeitet werden. Der Regisseur Sidney Bernstein, der dem Film den Arbeitstitel „German Concentration

Camps Factual Survey“ gab, wollte, dass der Film „eine Lehre für alle“ werde, jedoch allen voran für die Deutschen, die diese Verbrechen zu verantworten hatten. Der Film zeigt deshalb ungefiltert all das, was sich den Alliierten bei der Ankunft in den Lagern – in Majdanek, Auschwitz-Birkenau, Bergen-Belsen, Buchenwald und zuletzt in Dachau bot. Die Aufnahmen, so entschied Bernstein, sollten in dem Film uneingeschränkt gezeigt werden – allerdings nicht nur, um den Deutschen ihre Verbrechen vor Augen zu führen, sondern auch als sichtbare und überdauernde Beweise für das, was Geschehen war.

Dass es sich dabei jedoch um ein auf moralischer Ebene äußerst schwieriges Unterfangen handelte, darüber war sich das Filmteam stets bewusst. Doch so bedenklich auch das Zeigen von verstümmelten Leichen und halb verhungerten Menschen in Nahaufnahme im Grundsätzlichen ist, so wichtig war es den Machern, in ihrem Film die Realität in den befreiten Lagern abzubilden. Bernstein wollte durch die Veröffentlichung des Materials sicherstellen, dass die Deutschen später nicht behaupten konnten, nichts gewusst und gesehen zu haben. Aus dem selben Grund lies er auch eine Gruppe Lokalpolitiker filmen, die auf Anweisung der Alliierten der Bestattung der Leichenberge durch SS-Männer und das ehemalige Lagerpersonal beiwohnen mussten. Es sollte in dem Film deutlich werden, was ein junger Soldat sichtlich bewegt durch die Eindrücke der Befreiung Dachaus, mit brüchiger Stimme in die Kamera sagt: „Wer das mit ei-

genen Augen sieht, weiß wofür man kämpft.“ Um das gedrehte Material zu einem Film zu formen, der die beabsichtigte Wirkung und die dahinter stehende Botschaft transportieren konnte, suchte Bernstein den Rat seines Freundes Alfred Hitchcock, der sich zu jener Zeit – im Mai 1945 – in Hollywood aufhielt. Hitchcock erklärte sich bereit, das Filmprojekt als Berater zu unterstützen und reiste nach London – ein Umstand, der dem Film auch den Beititel „Hitchcocks Lehrfilm für die Deutschen“ eingetragen hat. Tatsächlich handelte es sich bei dem Film um die einzige bedeutende dokumentarische Arbeit, an der Hitchcock jemals beteiligt war, wenn auch nur in beratender Funktion.

Ein Politikum

Doch noch während der Schnittarbeiten zeigte sich, dass sich das politische Klima in den USA und in Großbritannien und damit auch die Einstellung zu dem Filmprojekt in der Zwischenzeit geändert hatte. Zum einen hatte sich Deutschland im Kontext des aufkommenden Kalten Krieges zum wichtigen Bündnispartner und geografischen Schutzschild gegen die Sowjetunion entwickelt. Zum anderen hatte Großbritannien, das in Palästina mittlerweile in Bezug auf die jüdische Einwanderung eine harte Linie verfolgte, kein Interesse mehr daran, die Juden öffentlich als Hauptopfer der nationalsozialistischen Verbrechen darzustellen. Ziel der alliierten Deeskalationspolitik in Deutschland war es deshalb nun, die deutsche Bevölkerung „aus ihrer Gleichgültigkeit zu befreien“. „Kein Gräuelfilm“, so ließ schließlich die britische Führung

verlauten. Die USA entschied sich dennoch, unabhängig vom britischen Bündnispartner, Teile des Materials in einer kurzen Fassung zu veröffentlichen. Unter der Regie von Hollywoodgröße Billy Wilder, der selbst einst vor den Nationalsozialisten geflüchtet war, produzierten sie „Death Mills“, ein in erster Linie pathetischer und anklagender Film. Der künstlerische Anspruch, den Bernstein und Hitchcock mit ihrem Projekt verfolgt hatten, und der den Film zu einem pädagogisch wertvollen Vermittlungsmedium machen sollte, ging dabei praktisch vollständig verloren. Nach der Veröffentlichung von „Death Mills“ und der offiziellen Absage an Bernstein und Hitchcock landete das Material schließlich mitsamt dem Skript und den Drehprotokollen in den Archiven, ohne dass der Film je vollendet wurde. Lediglich einige einzelne Filmszenen wurden wenig später noch einmal genutzt, im Rahmen der Beweisführung bei den Kriegsverbrecherprozessen in Nürnberg und Hannover.

Night will fall

Erst knappe siebzig Jahre später wurde das Material, das bislang als verschollen gegolten hatte, wiedergefunden und durch ein Team des Londoner War Imperial Museum rekonstruiert. Gleichzeitig entstand ein Dokumentarfilm, der die historischen Aufnahmen mit neuem Filmmaterial und Zusatzinformationen verbindet. Neben der Darstellung der Entstehungsgeschichte des Filmes verfolgte Regisseur André Singer dabei auch das Ziel, die Situation in den befreiten Lagern durch Interviews mit

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Film

Historiker/innen, ehemaligen Gefangenen, Kameramännern, Cuttern und Soldaten zu beschreiben. Auch Bernstein, Hitchcock und Wilder kommen in dem Film zu Wort und berichten von ihrer damaligen Arbeit an dem Projekt. Night will fall wurde schließlich, siebzig Jahre nach der Entstehung des Materials, am 26. Januar 2015 gleichzeitig in den USA und Großbritannien, in Deutschland, Israel, Polen, Dänemark, Norwegen und den Niederlanden im Fernsehen gezeigt. Inzwischen kann der Film in verschiedenen Sprachen und in voller Länge auf [YouTube](#) angesehen werden.

Für die pädagogische Arbeit mit Jugendlichen eignet sich der Film jedoch aus genannten Gründen nur sehr bedingt. Während sich eine Implementierung in den Unterricht bis zur Sekundarstufe I von vorneherein ausschließt, sollte auch die Arbeit mit dem Material in der Sekundarstufe II nur mit äußerster Vorsicht, einer ausgedehnten Vorbereitung und anhand von ausgewählten Szenen durchgeführt werden. Zwar handelt es sich bei Night will fall um ein wichtiges filmisches Dokument, dessen Bilder eine unmissverständliche Sprache sprechen und dessen Botschaft angesichts grassierender Schlussstrichdebatten immer weiter verbreitet werden sollte. Es gibt jedoch gewiss Filme über den Holocaust, die sich für die Bildungsarbeit – insbesondere mit Jugendlichen – besser eignen.

1945. Niederlage. Befreiung. Neuanfang. Zwölf Länder Europas nach dem Zweiten Weltkrieg

Von Gerit-Jan Stecker

Im Deutschen Historischen Museums ist noch bis zum 25. Oktober 2015 eine Ausstellung über das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa zu sehen. Mit Europa sind die Länder Deutschland, Österreich, Tschechoslowakei, Polen, Großbritannien, Dänemark und Norwegen gemeint. Sie sollen einen möglichst umfangreichen Querschnitt repräsentieren, wie vielfältig mit den Folgen der deutschen Besatzung, der Kollaboration und der Rolle als Siegermacht umgegangen wurde.

Der Anspruch ist dabei, die zum Teil sehr unterschiedlichen Perspektiven und Erfahrungen für sich selbst sprechen und nebeneinander stehen zu lassen. Dieser Ansatz ist aus geschichtsdidaktischer Sicht sinnvoll, insofern einem vergleichenden Blick die Konkurrenz von Geschichtskonstruktionen auffällt, die einen nationalen Herrschaftsanspruch erheben. Und in Bezug auf den Status Großbritanniens als niedergehenden Kolonialmacht könnte dies beispielsweise gelingen, wenn ein Tranceiver der zionistischen Untergrundorganisation Irgun (Objekt 62) und ein Werbeplakat für die Vereinten Nationen nicht eindeutig die Erfolgsgeschichte verkörpern, wie nach und nach eine Welt der Europäischen Union und funktionierenden globalen Institutionen entsteht (Objekt 63).

Dennoch, setzt sich ein Deutungsschema durch, dass von einer geschichtlich notwendigen Entwicklung in Richtung europäische Integration ausgeht: Der Katalogtext zu Großbritannien endet mit der Bemerkung, dass das Vereinigte Königreich sehr lange gebraucht habe, um der Europäischen Wirtschaftsunion beizutreten.

Somit bleibt fraglich, inwieweit das kuratorische Konzept geeignet ist, die Besucher/innen anzuregen eine individuelle und möglicherweise transnationale Position zu entwickeln. Letztlich erklären sich die politischen Entwicklungen zuerst in nationalen Bezügen. D. h., es schwingt die Annahme kollektiver Erfahrungen mit, anstatt die Herausbildung dieser gemeinschaftsbildenden Geschichtserzählungen nachvollziehbar zu arrangieren. Obwohl Ausstellungstexte und Objekte durchaus differenziert mit den politischen Handlungsmöglichkeiten im historischen Kontext umgehen, scheinen Widersprüche innerhalb der dargestellten Länder letztlich nur durch die Entwicklungen hin zum Kalten Krieg und zur Konfrontation von Staatssozialismus und Marktwirtschaft erklärbar.

So teilen sich die Objekte überwiegend in drei Gruppen. Sie stehen entweder für einen prekären Alltag, der z.B. an polnischen Tabletten zur Sterilisation von Wasser oder einem britischen Bezugsschein für Einrichtungsgegenstände deutlich wird. Oder sie zeigen, auf welche Weise sich Staaten, Regierungen und nationale Selbstverständnisse etablierten. Die dritte Gruppe zeigt den Umgang mit NS-Herrschaft bzw.

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Vorstellung Lernorte

Literatur:

Kollaboration. Die Chance, mit Exponaten schon bestehende Bilder und Annahmen über die Geschichte ins Wanken zu bringen, wird kaum genutzt. Individuelle Bezüge zur Geschichte und zum narrativen Charakter anhand von ausgestellten Gegenständen, Dokumenten und exemplarischen Biographien herzustellen gelingt somit nur bedingt.

Schließlich wird die gesamte Ausstellung hindurch nicht erklärt, warum Länder wie Griechenland, Italien oder das ehemalige Jugoslawien in der Ausstellung fehlen. Es fällt auf, dass deren Verhältnis zur Bundesrepublik als der Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches auch gegenwärtig sehr ungeklärt ist oder sich erst vor kurzem auf politisch-symbolischer Ebene herstellen ließ. Erinnerung sei beispielsweise an die ausstehenden Rückzahlungen von Zwangskrediten an Griechenland, an die Anerkennung von Entschädigungsansprüchen ehemaliger Italienischer Militärinternierter oder die Rolle Deutschlands im Zerfall Jugoslawiens.

Stiftung Deutsches Historisches Museum (Hrsg.):
1945. Niederlage. Befreiung. Neuanfang. Zwölf Länder Europas nach dem Zweiten Weltkrieg. (2015)
WBG Darmstadt, 248 Seiten, 150 Abbildungen,
19,95 €.

Noch zu sehen bis 25. Oktober 2015
im Deutschen Historischen Museum,
Unter den Linden 2
10117 Berlin.

Geöffnet täglich 10-18 Uhr.

Weitere Informationen finden sich auf der
[Homepage des DHM.](#)

Unser nächstes Magazin erscheint am 28. Oktober 2015 und trägt den Titel „Eugenik und ‚Euthanasie‘ im historischen Kontext“.

I M P R E S S U M

Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V.

Dieffenbachstraße.76

10967 Berlin

<http://www.lernen-aus-der-geschichte.de>

<http://www.agenturbildung.de>

Projektkoordination: Ingolf Seidel

Webredaktion: Ingolf Seidel, Anne Lepper und Gerit-Jan Stecker

Das mehrsprachige Webportal wird seit 2004 gefördert durch die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, Berlin. Die vorliegende Ausgabe unseres Magazins wird durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. gefördert.

Die Beiträge dieses Magazins können für nichtkommerzielle Bildungszwecke unter Nennung der Autorin/des Autors und der Textquelle genutzt werden.